

# SENATE



Magazin für Politik, Gesellschaft und eine Ökosoziale Marktwirtschaft



Alexander Graf Lambsdorff  
Zwischen Großmächten  
in Ost und West

Ausgabe 1/21  
Einzelpreis 5€

Monika Grütters  
Zwischen Regierung und Corona

Astrid Hamker  
Zwischen Wirtschaft und CDU

Peter Beyer  
Zwischen Deutschland und den USA



BAYERISCHER HOF



Scottish Salon



Blauer Salon



Königssaal



Portrait Salon



Ministerzimmer



Fürstensalon

DAS GESICHT UNSERES  
HAUSES WANDELT SICH.  
SEINE SEELE UND UNSER  
ANSPRUCH BLEIBEN BESTEHEN.

Nach den vom Interior Designer und Kunsthändler Axel Vervoordt umgestalteten Restaurants Atelier und Garden, der astor@Cinema Lounge, der Palaishalle, dem Süd- und Nordflügel mit der Penthouse Garden Suite sowie dem Palais Keller, freuen wir uns nun über das jüngste Werk: die neu gestalteten Veranstaltungsräume im Palais Montgelas. Jeder der 14 Räume begeistert mit seiner Individualität, die kunstvoll mit der Geschichte dieses historischen Gebäudes verbunden wurde. Das schlichte und avantgardistische Design bietet die perfekte Umgebung für Ihre Veranstaltung. Unabhängig, ob Business Meeting, private Feier oder eine festliche Hochzeit - wir freuen uns darauf Ihre Wünsche wahr werden zu lassen.

Ideal gelegen in der Münchner Altstadt, bietet unser Haus 337 individuell gestaltete Zimmer inklusive 74 luxuriöser Suiten. 40 moderne Bankett- und Konferenzräume für bis zu 2500 Personen warten auf Ihre Event. Unsere fünf Restaurants und sechs Bars lassen keine kulinarischen Wünsche offen.

Hotel Bayerischer Hof

Promenadeplatz 2-6  
80333 München

Fon +49 89.21 20 - 0  
Fax +49 89.21 20 - 906

www.bayerischerhof.de  
info@bayerischerhof.de

LEADING  
HOTELS®

LEGEND  
Preferred  
HOTELS & RESORTS



## Zukunftsperspektiven, Technologie und Innovation

Von Norbert Streveld

Als journalistisches Hintergrundmagazin hat sich SENATE mit hochwertigen Autorinnen und Autoren, Interviews und tiefgehenden Beiträgen aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zu einem viel beachteten, anerkannten regelmäßig erscheinenden Journal etabliert.

Gründungsherausgeber Dieter Härthe war von Beginn an die offene Pluralität und Unabhängigkeit wichtig, ebenso wie die Akzentuierung der Themenausrichtung an der ökologischen und sozialen Marktwirtschaft. Seit mehr als zehn Jahren bereits unter der Chefredaktion von Christoph Brüssel sollen Themen und Personen ausreichend Platz zur differenzierten Beleuchtung von Fakten, Meinungen, Diskurs oder auch Ästhetik und Kultur erhalten. Ein Erfolgsmodell in der sonst häufig so kurzen und verkürzenden Schnellebigkeit. Dabei ist SENATE unabhängig, versteht sich als journalistisch, nicht als Organ des Senats der Wirtschaft. Wenngleich die Ziele einer gemeinwohlorientierten Impulsgebung und Lösungsorientierung zusammengehören und die personelle Union nicht zufällig ist.

Mit dieser Ausgabe startet die SENATE in die nächste Epoche, der Kreis der Verantwortung wird erweitert. SENATE hat jetzt drei Herausgeber, Kontinuität und Zukunftsperspektive. Das bedeutet in der Regel auch Veränderung. Steht dies nicht im Widerspruch zur Kontinuität? Veränderungen können durch Revolution, jedoch auch evolutionär erfolgen.

Veränderung wird oft mit etwas Neuem, Unbekanntem gleichgesetzt und erzeugt erst mal Ungewissheit und Unsicherheit; Kontinuität hingegen wird gern mit Bekanntem, Bewährtem gleichgesetzt und mit Sicherheit assoziiert. Veränderung im Sinne von Weiterentwicklung, evolutionärem Handeln achtet die Historie und den Status.

Die Realität der Pandemie zeigt uns seit gut einem Jahr sehr deutlich, dass wir in einer komplexen, volatilen, vernetzten und globalisierten Welt leben, die uns zu Veränderungen zwingt. Vor 18 Monaten war es nicht vorstellbar, dass innerhalb eines Jahres neue Impfstoffe entwickelt werden können oder wir zu einem

großen Teil hybrid bzw. virtuell arbeiten und unsere digitale Infrastruktur dies leisten kann. Die Realität hat jedoch auch deutlich gezeigt, dass Digitalisierung mehr bedeutet, als bestehende Prozesse und Abläufe digital abzubilden, sondern, sie neu zu denken. Ob in Unternehmen, Institutionen und der Gesellschaft oder in deren Interaktion. Dies erfordert einerseits Technologie und Innovation, andererseits differenzierte Ausprägungen der persönlichen Kompetenzen. Präsenzkultur ermöglicht u.a. spontane Interaktion, jedoch auch formelle Führung mit Input-Orientierung und herkömmliche Arbeitsmodelle. Virtuelles Arbeiten benötigt Freiräume, Eigenverantwortung und eine Ergebnisorientierung. Eine andere Kultur der Führung und Zusammenarbeit. Dies betrifft auch die Methodik sowie Didaktik, die Vermittlung von und kritische Auseinandersetzung mit Wissen, damit das Bildungssystem.

Die Realität der Pandemie zeigt uns auch, dass wir unseren Wohlstand, die Freiheit, Grundrechte und die Subsidiarität sehr hoch schätzen und nicht darauf verzichten wollen. Wir erkennen auch die Selbstheilungskräfte der Natur, entstanden z.B. durch die Einschränkung unserer Mobilität. Wir sehen die wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Negativeffekte der Einschränkungen.

Die Pandemie wird in absehbarer Zeit mit Hilfe von Technologie, Innovation (u.a. Impfstoff) und internationaler Kooperation beherrscht werden können, die gewohnten Freiheiten werden zurückkehren. Wie andere große Herausforderungen kann das nur supranational gelöst werden. Es gilt, aus dieser herausfordernden Zeit die notwendigen Erkenntnisse zu ziehen und eine Zukunftsperspektive zu entwickeln. Pluralität und ein konstruktiver ideologiefreier Diskurs sind erforderlich, um Lösungen im Sinne einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft umzusetzen, die uns weiterhin Wohlstand mit Freiheit ermöglicht.

Herausgeber

Dr. Christoph Brüssel  
Dieter Härthe  
Norbert Streveld





## POLITIK UND PARLAMENT

Ein Weckruf für den Naturschutz ..... 8  
Gerd Müller

Der „Mister America“ der Bundesregierung ..... 12  
Peter Beyer im Interview

Wann gibt es wieder Applaus? ..... 20  
Interview mit Monika Grütters

Am Ohr des US-Präsidenten ..... 46  
Fragen an Dean Fealk

„Build back better“ statt „America first!“ ..... 76  
Nicholas Burns im Interview

Jeder Euro ist einen Baum wert ..... 80

## EUROPA AKTUELL

 Wenn Elefanten kämpfen ..... 26  
Im Gespräch mit Alexander Graf Lambsdorff

Die EU braucht China – und umgekehrt ..... 42  
Walter Döring

## WIRTSCHAFTSWELT

 Rettet die Marktwirtschaft – bleibt anständig! ..... 16  
Thomas Straubhaar



Dieses Magazin wird klimaneutral hergestellt.





**IMPRESSUM**

**Herausgeber:**  
 Dr. Christoph Brüssel  
 Dieter Härthe  
 Norbert Streveld  
*ViSdP*  
 Adenauerallee 206  
 53113 Bonn  
 Tel: +49 (0)228-915-605-0  
 www.senat-deutschland.de  
 E-Mail: office@senat-deutschland.de

**Hauptstadtbüro:**  
 Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin  
 Tel: +49 (0)30-40 10995 0

**Redaktion:**  
 Dr. Christoph Brüssel (Chefredaktion)  
 Marc Härthe (Redaktionsleitung)  
 Astrid Herres (RvD)  
 Uly Köhler  
 Michael Rolland  
 Ewald König  
**Lektorat:** Alectis.de, Annette Ahlborn  
**Layout:** Heiner Stellmach  
**Druckerei:** Saxoprint  
**Auflage:** 10.000 Exemplare



Gastbeiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder. Trotz größtmöglicher Sorgfalt kann der Herausgeber keinerlei Gewähr für die Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen übernehmen. Nachdruck, auch auszugsweise unter Angabe der Quelle gestattet. Belegexemplar erbeten.

Wenn Elefanten kämpfen

Seite 26

Manchmal brüllen wir der Politik entgegen..... 34  
 Interview mit Astrid Hamker

High-Tech-Spekulation auf Kosten von Umwelt und Rechtsstaatlichkeit ..... 56  
 Lars Jaeger

„Zukunftsrepublik“ ..... 64  
 Andreas Rickert

Manchmal brüllen wir der Politik entgegen

Seite 34

Die Eisengießerei mit dem Bienenvolk ..... 66  
 Max Jankowsky im Interview

Der Senat der Wirtschaft mit neuer Führungsspitze..... 70  
 Interview mit Burkhard Schwenker und Norbert Streveld

Jedes fünfte Mittelstandsunternehmen benötigt Eigenkapitalhilfe..... 84

**KULTUR UND UNTERHALTUNG**

Wenn der Vorhang nicht mehr aufgeht ..... 50  
 Gedanken von Verantwortlichen und Kulturschaffenden

Am Ohr des US-Präsidenten

Seite 46

**AUS DEM SENAT**

Digitale Bundesversammlung..... 62

Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

*Artikel 14(2) Grundgesetz*

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



## Der Ausdruck: Die vierte Gewalt im Staat



Der Eindruck:  
Von Herausgeber & Chefredakteur Christoph Brüssel

Gerade jetzt spüren wir die Bedeutung der Medien, in einer Zeit, die geprägt ist von Einschränkung und Hoffnung, Verärgerung und Unsicherheit, Suche nach Perspektiven. In dieser Zeit, in der uns ein Virus im Griff zu haben scheint, erhalten Berichte über Erfolg oder Mangel an Lösungskompetenz hohen Stellenwert. Sie können über Stimmung und Reaktion einer ganzen Gesellschaft entscheiden. Deutlicher kann die Macht der Medien kaum erlebbar werden.

Spätestens in den 1950er-Jahren wurde der Begriff der vierten Gewalt im Staat durch den Rechtsphilosophen René Marcic wieder aufgenommen.<sup>1</sup> Neben die klassische Gewaltenteilung von Charles de Montesquieu der Legislative, Exekutive und Judikative treten die Medien als weitere Säule der Macht im Staate. So steht es nicht in der Verfassung, jedoch wird es faktisch nicht bestritten und selbst das Bundesverfassungsgericht bestätigt spätestens seit 1972, dass die Meinungs- und Pressefreiheit „schlechthin konstituierend“ für unsere Ordnung ist.<sup>2</sup>

Noch deutlich mächtiger ist das mediale Wort in unserer aktuellen Zeit. Nicht nur Verlage oder Radio- und TV-Sender bestimmen die Wahrnehmung. Grenzenlose Veröffentlichungen, News, Meinungen, Kommentare jagen im Sekundentakt, meist ungefiltert, durch die Netze. Die wohlgeordnete Struktur der Medienhäuser ist längst flankiert, vielleicht auch überholt, durch Influencer, YouTuber und die Eigendynamik von Texten und Videos sozialer Medien. Die Informationsflut bestimmt die wahrgenommene Wirklichkeit, unsere Wirklichkeit.

Noch mehr, das Informationsgeschehen in den verschiedensten Netzwerken bestimmt wiederum auch das Nachrichtengeschehen der klassischen Medien. Auch die Schlagzeilen der Verlage und TV-Sender orientieren sich längst an den Beliebtheitsausschlägen ihrer Onlinemeldungen. Wichtig ist oft, was ankommt, gemessen in Sekunden an den Klickraten. So wird die tatsächliche Bedeutung von der medialen Erfolgsaussicht überholt.

Die Macht der Freiheit, unsere Meinung und unseren Willen zu äußern, ist eine dankenswerte Freiheit und Errungenschaft, die wir freudig würdigen sollen. Macht verlangt jedoch immer ein hohes Maß an Verantwortung. Die Verantwortung der Medien für Staat und Gesellschaft. Bei aller Funktion der kritischen Überwachung und Kontrolle, ist nicht gerade diese Verantwortung derzeit erkennbar zu vermissen?

Nachrichten in den bedeutungsvollen und sich als hochwertig fühlenden Medien, wie die öffentlich-rechtlichen Sender oder die Großverlage, verlieren offenkundig die eigenen Ansprüche an Ethik und Objektivität. Gerade in der schweren Pandemiezeit mutieren die zur Sachlichkeit verpflichteten Nachrichtenmeldungen oft zu Tendenztexten. Selbst wenn Missstände oder Mangel zu fühlen sind, haben Nachrichten doch über die Gegebenheiten, die Zahlen, Fakten und Ereignisse zu informieren. Das wird jedoch beinahe durchgängig mit Sensations- oder Skandalisierungsbegriffen eingeleitet, bevor die eigentlichen Fakten überhaupt genannt werden. Selbst wenn eher gegenteilige Inhalte, die aufklären oder sogar Verbesserungen schildern, berichtet werden, sind Einleitung oder Abmoderation von skandalisierenden Pauschalbegriffen wie Impfdesaster oder Managementversagen begleitet.

Wohingegen objektive wissenschaftliche Fakten oder politische Erklärungen und tatsächliche Gegebenheiten nicht regelmäßig transportiert werden. Auch die Interviews der Journalistinnen und Journalisten laufen erkennbar auf die Erreichung effektversprechender Schlagzeilen zu und verlassen die Kultur der Informationssuche deutlich.

Verantwortung der Medien für Staat und Gesellschaft ist keine Sozialromantik, sie ist nicht von gestern. Die Macht der vierten Gewalt ist gegenwärtiger denn je, zeitgemäß und heutig. Medienschaffende sollten die guten Tugenden des Berufsethos, des Selbstverständnisses beabsichtigter Objektivität, mindestens Neutralität, nicht gegen den Adrenalinkick eines flüchtigen Reichweitenerfolgs eintauschen. So unterscheidet sich übrigens auch Publizistik von Populismus.

<sup>1</sup> Marcic, Vom Gesetzesstaat zum Richterstaat, Wien 1957.

<sup>2</sup> Bundesverfassungsgericht, Urteil vom 25. April 1972.

Expertenstatement

# Ein Weckruf für den Naturschutz

Wie sich der Umgang mit der Natur auf die Pandemie auswirkt

Von Gerd Müller

Der Bundesentwicklungsminister sagt, drei Viertel aller neu auftretenden Infektionskrankheiten stammen von Tieren. Der Raubbau an der Natur stehe in direktem Zusammenhang mit der Zunahme von auf den Menschen überspringenden tödlichen Viren.

Am Weltgesundheitstag dem 7. April steckt die Welt mitten in einer neuen Coronawelle: Die Neuinfektionen sind weltweit auf 500.000 pro Tag gestiegen, 2,7 Millionen Menschen sind gestorben. Es reicht aber nicht, Corona nur in Deutschland einzudämmen. Sonst kommt das Virus im nächsten Flieger zurück, vielleicht noch gefährlicher. Deshalb ist nur eine weltweite Impfkampagne der Weg aus der Krise.

Dr. Gerd Müller

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



Unser Ziel ist eine ökologische und soziale Marktwirtschaft. Wir müssen dabei die Nutzung der Umwelt aus einem Rahmenkonzept heraus begrenzen.  
Das hat mit Planwirtschaft überhaupt nichts zu tun.

*Klaus Töpfer*  
*Ehrensator des Senats der Wirtschaft*

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



## *Covid-19 ist ein Weckruf: Nur wenn wir die Natur schützen, schützen wir auch unsere eigene Gesundheit*

Aber bislang finden nur 0,5 Prozent der Impfungen in den ärmsten Ländern statt. Laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) werden drei Viertel der Impfdosen in gerade einmal zehn der reichsten Länder verimpft. Das ist nicht akzeptabel.

Impfstoffe sind ein globales Gut, das allen zur Verfügung stehen muss. Ziel ist es, mindestens 20 Prozent der Menschen in Entwicklungsländern bis zum Jahresende zu impfen. Die Infrastruktur ist weitgehend aufgebaut, was fehlt, sind der Impfstoff, die Zusagen und die Finanzierung. Derzeit fehlen 22 Milliarden US-Dollar. Deutschland geht hier voran und hat 2,2 Milliarden Euro als einer der größten Unterstützer weltweit bereitgestellt. Aber die Weltgemeinschaft, insbesondere die reichen Staaten, müssen hier deutlich mehr leisten, um die Lücke noch in diesem Jahr zu schließen in unser aller Interesse.

Denn die Viren mutieren. Wir müssen deswegen so viele Menschen wie möglich impfen. Es darf keine Exportbeschränkungen für Impfstoffproduktionen geben, die Impfstoffproduktion muss weltweit zügig ausgebaut werden. Das heißt: verstärkte weltweite Kooperationen der Impfstoffhersteller mit möglichen Produzenten – auch in Asien oder Afrika – durch Lizenzproduktion, Technologietransfers und Forschungszusammenarbeit. Hier muss deutlich mehr passieren.

Die Pandemie zeigt aber auch: Wir brauchen ein neues Verständnis von globaler Gesundheit. Dazu gehört zuallererst ein besserer Austausch der Forschungsergebnisse von Wuhan bis Washington. Wir müssen wissen, was wann passiert, und dürfen es nicht zufällig erfahren. Und wir müssen an den Ursachen ansetzen, anstatt nur die Symptome zu bekämpfen. Denn der Ausbruch der Pandemie ist auch Folge des weltweit ausbeuterischen Umgangs mit der Natur. Das Virus hat seinen Ursprung bei Wildtieren – deswegen müssen wir den Wildtierhandel drastisch verringern und die gefährlichsten Wildtiermärkte jetzt schließen. Deutschland hat dazu zusammen mit Umweltschutzorganisationen eine weltweite Wild-

tier-Allianz gegründet. Drei Viertel aller neu auftretenden Infektionskrankheiten stammen von Tieren. Wo Regenwälder brennen und Wildtiere ausgerottet werden, verlieren Viren ihren ursprünglichen Wirt und springen leichter auf Menschen über. Jedes Jahr sterben an Zoonosen wie Ebola oder Vogelgrippe bereits 2,7 Millionen Menschen.

Zudem müssen wir die WHO zu einem Weltpandemiezentrum ausbauen – mit einem besseren Frühwarnsystem und schnelleren Gegenmaßnahmen bei der Ausbreitung von Infektionen. Wir brauchen außerdem weltweit bessere Lebensmittelkontrollen sowie Veterinärdienste und eine nachhaltige Landwirtschaft, um die Übertragung von Viren auf den Menschen einzudämmen.

Die deutsche Entwicklungspolitik geht voran und unterstützt weltweit 670 Naturschutzgebiete mit einer Gesamtfläche sechsmal so groß wie Deutschland. Um diese Maßnahmen zu bündeln, hat das Entwicklungsministerium eine Unterabteilung zu One Health aufgebaut. Das erste One-Health-Center wurde in Kenia zusammen mit dem Internationalen Tierforschungsinstitut eröffnet.

Die Naturzerstörung schreitet derzeit in brutaler Geschwindigkeit voran: Jede Minute werden 15 Fußballfelder Wald abgeholzt – vornehmlich für die Soja- und Palmölproduktion. Stoppen wir diesen Trend nicht, dann wird Covid-19 nicht die letzte Pandemie gewesen sein. Virologen schätzen, dass 40 weitere Viren ein Pandemiepotenzial wie Corona haben. Covid-19 ist so auch ein Weckruf: Wir müssen umdenken. Nur wenn wir die Natur schützen, schützen wir auch unsere eigene Gesundheit.

*Der Autor ist seit 2013 Bundesminister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und seit 1994 CSU-Bundestagsabgeordneter.*

**Dieser Artikel ist ursprünglich am 07.04.2021 in der Rheinischen Post erschienen und „Senate“ freundlicherweise zum Abdruck freigegeben worden.**

Es gilt, den technischen Fortschritt ganz gezielt zum Instrument für den humanen Fortschritt zu machen.

*Hans-Dietrich Genscher*  
*Ehrensenator des Senats der Wirtschaft*

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



Peter Beyer

## Der „Mister America“ der Bundesregierung

Wie der „Neue Westen“ geschmiedet werden kann



Von Michael Rolland

**S**ie kennen die USA sehr gut durch Ausbildung, familiäre Beziehungen und als Politiker. Wie kann der neue US-Präsident das gespaltene und polarisierte Land wieder zusammenführen?

Die Nation Divided zu einer Nation United zu machen, ist die größte Herausforderung für Joe Biden und seine Administration. Hierfür werden vier Jahre kaum ausreichen. Das wichtigste Instrument eines Politikers ist Sprache. Sie kann wirkmächtig sein. Wir haben das bei Donald Trump gesehen. Joe Biden verwendet seit seiner Wahlkampagne eine Sprache, die darauf bedacht ist, gesellschaftliche Gräben zu überwinden. Ich hoffe, dass es ihm gelingt, nicht nur durch „Executive Orders“ zu regieren, sondern auch mit den Republikanern zusammenzuarbeiten. Für die Bevölkerung in den USA muss konkretes politisches Handeln spürbar sein: von Pandemiebekämpfung und Stimulusplan über Bildung und Infrastrukturprojekte bis zum Gesundheitswesen. Viele der über 70 Millionen Trump-Wähler sind keine White Supremacists, Proud Boys oder Evangelikale. Oft sind es normale, aber unzufriedene Menschen im Landesinneren mit „Kitchen Table“-Problemen. Biden hat versprochen, Präsident aller Amerikaner zu sein. Er hat nun die Chance, diese Menschen für eine gesamtgesellschaftliche Zukunft zurückzugewinnen.

Peter Beyer (50) ist Transatlantikkoordinator der Bundesregierung und CDU-Bundestagsabgeordneter. Seit 2009 vertritt der im In- und Ausland ausgebildete Rechtsanwalt als direkt gewählter Parlamentarier die Städte Heiligenhaus, Ratingen, Velbert und Wülfrath in NRW im Deutschen Bundestag. Beyer gehört dem Auswärtigen Ausschuss des Bundestages an und ist Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Zudem ist er Präsident der Schlesischen Landsmannschaft in Deutschland und Vize-Präsident der SüdosteuropaGesellschaft.

**M**it seinem Ja zum Pariser Klimaschutzabkommen und zur WHO hat Biden eine Rückkehr zu alten Partnerschaften und internationaler Kooperation dokumentiert. Was erwarten Sie konkret für die transatlantischen Beziehungen?

Um die internationale Flanke und die Diplomatie der USA zu stärken, braucht Biden starke Partner. Das können, wollen und sollen die Europäer sein. Aktuell hat die Bewältigung der Pandemie hohe Priorität. Hier erwarte ich mir eine enge Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA bei der Herstellung des Vazins und der Verteilung. Nach vier Jahren Donald Trump muss wieder Vertrauen hergestellt werden. In seiner ersten Rede an die Europäer auf der virtuellen Münchner Sicherheitskonferenz hat Biden die transatlantische Partnerschaft geradezu beschworen. Sein Credo lautet: Zusammen können wir jede Herausforderung im 21. Jahrhundert meistern. Top-Priorität hat für mich der Abbau von einseitig wirkenden protektionistischen Handelsmaßnahmen. Stichwort: Stahl-, Aluminium- und Autozölle. Zudem werbe ich für eine transatlantische Politik gegenüber dem Systemrivalen China. Hier gibt es viele inhaltliche Schnittmengen wie Menschenrechts- und Minderheitenschutz sowie den Schutz geistigen Eigentums. Diese könnten von Joe Biden, Angela Merkel sowie Ursula von der Leyen mit klarer politischer Sprache adressiert werden. Ein weiterer Systemmissbrauch der WTO durch China muss wirksame Sanktionen nach sich ziehen. Peking muss sich an die Regeln halten. Ein ökonomisches Decoupling ist hingegen unrealistisch.

**W**as viele Unternehmer nicht nur im „Senat der Wirtschaft“ interessiert. Wie schätzen Sie transatlantische Geschäftsperspektiven ein unter der Biden-Administration? Wird Amerika wieder der wichtigste Handelspartner der EU, nachdem China während der Coronakrise die USA erstmals als wichtigster Handelspartner der EU abgelöst hat?

China hat beim Handel jetzt überholt. Das sollte uns nicht kirre machen, muss aber ein Weckruf sein. Mit dem kürzlich unterzeichneten asiatisch-pazifischen Handelsabkommen RCEP haben Systemrivalen und wirtschaftliche Wettbewerber wie China, Australien und Japan es geschafft, den größten Wirtschaftsraum der Welt zu schaffen. Unser Ziel muss es sein, einen resilienten transatlantischen Wirtschaftsraum zu gründen. Wir brauchen ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA. Hierbei geht es auch um die Sicherung unseres Wohlstandes, aber auch um den Erhalt unserer Werte und unserer Art zu leben: Respekt vor dem Individuum, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Menschenrechte, Frieden und Stabilität. Diese Werte gehören für mich zu den großen Errungenschaften der Menschheit. Weder die Europäer noch die Amerikaner schaffen das alleine – wir brauchen eine enge Partnerschaft auf Augenhöhe. Hier kommt uns zugute, dass Biden – anders als Trump und vielleicht auch als Obama – die Europäer versteht. Die Deutschen und Europäer können sich jetzt aber auch nicht mehr wegducken – wir müssen Verantwortung übernehmen. An der Peripherie unseres Kontinents, im Nahen Osten und Nordafrika, werden wir deutlich mehr leisten müssen. Hier müssen wir uns eng mit den USA abstimmen. Europa muss endlich Weltpolitik betreiben.



## *Wir brauchen eine enge Partnerschaft auf Augenhöhe*

**H**ierzu gehört auch der Verteidigungsbereich. Sicherheit gibt es nicht zum „Schnäppchenpreis“, haben Sie einmal formuliert. Wann wird Deutschland seine Nato-Verpflichtung (Stichwort Zwei-Prozent-Ziel) erfüllen?

Das Zwei-Prozent-Ziel ist für mich unumstößlich. Diese Investitionen sind wir unseren Partnern und auch unseren Soldaten schuldig. Das ist auch die Mehrheitsmeinung in der Bundesregierung. Bei unserem derzeitigen Koalitionspartner gibt es einige – ich nenne den SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich –, die in eine andere Richtung gehen wollen. Das ist naiv, verantwortungslos und gefährlich, auch was die Beschaffung von bewaffneten Drohnen oder nukleare Abkoppelungsphantasien von den USA angeht. Wir haben 2014 auf dem Nato-Gipfel in Wales nach langen Vorverhandlungen zugestimmt, uns bis 2024 dem Zwei-Prozent-Ziel anzunähern. Auch wenn der Verteidigungsetat im Vergleich zu 2014 bereits um mehr als 45 Prozent gestiegen ist, werden wir das Zwei-Prozent-Ziel wohl noch nicht bis 2024 erreichen. Bundesfinanzminister und SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz hat 2019 Eckdaten für eine mittelfristige Finanzplanung veröffentlicht. Nach diesen Berechnungen entwickeln wir uns vom Zwei-Prozent-Ziel weg. Das ist jetzt vom Tisch, hat aber großen Schaden bei unseren nordamerikanischen und europäischen Verbündeten angerichtet.

**Z**ur Sicherheit gehört – Stichwort Digitalisierung – auch der Cyber-Raum. Im vergangenen Jahr sind (vermutlich russische) Hacker mittels Schadsoftware eines US-Herstellers in FireEye, Microsoft und weitere Unternehmen auch in Europa eingedrungen, haben Daten und Quellcodes abgezogen. Die alte US-Regierung hat den Vorfall kleingeredet. Brauchen wir eine engere transatlantische Zusammenarbeit?

Cybersecurity ist ein Megathema. Alles, was Vulnerabilitäten angeht, wie kritische Infrastruktur, spielt eine immer wichtigere Rolle. Auch der Bundestag und das Auswärtige Amt sind massiv von Hackern angegriffen worden, wahrscheinlich aus Russland. Auch China ist auf diesem Feld aktiv. Die deutschen Nachrichtendienste arbeiten sehr eng mit den amerikanischen Diensten zusammen. Ohne dass ich in Details gehen möchte: Deutschland profitiert hier seit Jahren massiv. Es ist gut, dass Joe Biden nun begonnen hat, Moskau Grenzen aufzuzeigen. Und da wir gerade über Cyber reden: Deutschland und Europa müssen bei der Digitalisierung – zum Beispiel bei der künstlichen Intelligenz – einen deutlichen Sprung nach vorne machen und eng mit den USA kooperieren. Sonst werden wir ökonomisch und sicherheitspolitisch abgehängt.

**L**ast but not least: Was ist Ihre persönliche Botschaft in der Pandemiezeit an Europäer und Amerikaner?

Wir brauchen einander. Lasst uns gemeinsam den „Neuen Westen“ schmieden!

Wer nach vorne blickt, weiß nie, was wirklich Sinn ergibt.  
Nur im Rückblick erscheint etwas logisch.

*Steve Jobs*

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft





Statement

## Rettet die Marktwirtschaft – bleibt anständig!

Grundeinkommen jetzt.  
Nur so ist die Marktwirtschaft zu retten.

Von Prof. Thomas Straubhaar

Thomas Straubhaar, Professor für Volkswirtschaftslehre der Universität Hamburg

„Der Kapitalismus hat uns unfassbare Erfolge beschert. Auf der Welt lebt es sich insgesamt gesehen heute besser und sicherer, reicher und satter, gesünder und länger, als es jemals für eine Menschheitsgeneration auf diesem Planeten galt.“ Mehr Lob geht nicht. Und es überzeugt. Denn es stammt nicht von einem der großen Liberalen unserer Zeit.

Vielmehr ist Robert Habeck, der Bundesvorsitzende der Grünen, der Autor. In seiner Festrede zur Verleihung des Max-Weber-Preises für Wirtschaftsethik Anfang März 2021 forderte er, den Kapitalismus in Richtung einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft zu erweitern. Damit dürfte er bei Senatorinnen und Senatoren offene Türen einrennen. Denn in der Tat lohnt sich eine Neuorientierung.

In den letzten Monaten ist klar geworden: Die Marktwirtschaft bedarf einer Rundumerneuerung. Zu stark hat in Zeiten der Pandemie und ihrer Bekämpfung eine Staatswirtschaft das Kommando übernommen. Unbesehen ökonomischer Folgekosten wurde mit Notstandsgesetzen von oben durchregiert. Das Verblüffende dabei: Einem Großteil der Bevölkerung gefiel, was da passierte. Denn wer der Marktwirtschaft immer schon kritisch gegenüberstand, sah sich bestätigt. „Die alten Parolen von der Leistung, die angeblich zählt, klingen heute hohl in den Ohren der vielen, die in Pandemiezeiten den Laden zusammenhalten und mit Niedriglöhnen abgespeist werden. Milliarden zur Rettung von Konzernen, aber nur einmalige Hohnbeträge für diejenigen, die sich die Corona-

## *Wenn Vertreter christlich-demokratischer Herkunft tricksen und schummeln, ist der Ruf so oder so ruiniert*

krise am wenigsten leisten können. Renditen fließen, während die Gemeinschaft die Kurzarbeit in diesen Unternehmen finanziert“, so die Kampfansage von Susanne Hennig-Wellsow, Bundesvorsitzende der Partei Die Linke. In der Tat steht die Marktwirtschaft unter enormem Druck. Der kommt aber nicht nur von den ewigen Feinden, sondern mehr noch von falschen Freunden.

Nicht die Kommunisten, nicht die Sozialisten, sondern die Kapitalisten selber sind gerade dabei, der Marktwirtschaft das Grab zu schaufeln. Was nämlich als Verdacht begann, weitete sich bei der Maskenbeschaffung mehr und mehr zu einem handfesten Skandal der Marktwirtschaft aus. Wenn Vertreter christlich-demokratischer Herkunft tricksen und schummeln, ist es völlig unwichtig, ob Gerichte nach langen juristischen Verfahren am Ende ungesetzliches Verhalten feststellen werden oder nicht. Der Ruf ist so oder so ruiniert.

Spätestens an der Stelle folgt reflexartig die Entschuldigung, dass es sich bei kriminellen Machenschaften um das Fehlverhalten Einzelner handle. Die Masse der politischen Mandatsträger und Mandatsträgerinnen, der gesellschaftlichen Elite und der wirtschaftlichen Führungskräfte seien ehrenwerte Gewährspersonen und ehrbare Kaufleute. Stimmt und ist richtig, führt für die Marktwirtschaft aber trotzdem ins Verderben. In der Bevölkerung prägen die Skandale und nicht die Erfolge das Ansehen des Kapitalismus. Das wird sich spätestens im Herbst bei den Bundestagswahlen zeigen, wenn die Marktwirtschaft am Pranger und die Staatswirtschaft bei der Gunst der Wählerinnen und Wählern ganz oben stehen wird.

In der Privatheit der Wahlkabine werden die Kreuze selten mit dem Kopf, dafür meistens aus dem Bauch vergeben. Abgerechnet wird auf der Grundlage persönlicher (Vor-)Urteile und nicht objektiver Fakten. Da lenken wenige kriminelle Einzelfälle weit stärker die wählenden Hände als die allgemeine Regel, dass die überragende Mehrheit der deutschen Unternehmen des Mittelstands, der Klein- und Kleinstbetriebe anständig geführt werden.

Die aktuellen Verfehlungen von Unionspolitikern und Vorständen bei Wirecard und der Bremer Greensill Bank reihen sich ein zu früherem marktwirtschaftlichem Fehlverhalten – von Dieselskandal, „Panama und Paradise Papers“ zur Steuervermeidung bis hin zu den absurden Tricksereien bei Cum-Ex-Geschäften. In Summe ergibt sich eine Verkettung und Vernetzung, die das hässliche Gesicht der Marktwirtschaft in die Öffentlichkeit zerrt.

Die Bevölkerung wird misstrauisch, ob das, was in den letzten Jahren sichtbar wurde, nur die Spitze eines Eisbergs sei. Und sie fragt sich verständlicher- und auch richtigerweise, wie viel wohl noch in den Untiefen der marktwirtschaftlichen Unterwelt verborgen bleibe.

Anfang der 2020er-Jahre steht die Marktwirtschaft unter enormem Druck an allen Ecken und Enden. Wer immer schon auf den Staat setzte und dem Markt misstraute, sah sich in der Coronakrise rundum bestätigt. Während es eine der Marktwirtschaft verpflichtete Regierung nicht schafft, die Bevölkerung in Masse rasend schnell zu impfen, sind andernorts autoritäre Regime deutlich erfolgreicher.

## *Viele Menschen bewerten die ökonomische Verteilung bei Einkommen als unfair und finden diese Erwartung durch die Coronapolitik bestätigt*

Erneut führt die an sich völlig korrekte Rechtfertigung in die Irre, dass für den Impfskandal nicht die Markt-, sondern ganz im Gegenteil die Staatswirtschaft verantwortlich sei. Faktisch sind es ja Regierungen, Ministerien und Gesundheitsämter, die in der Coronabekämpfung erst die Macht an sich gerissen haben und nun bei deren Ausübung versagen.

Wiederum beurteilen jedoch sehr viele die Frage nach Verantwortung und Schuld ganz anders. Manche sehen sich gar bestätigt, dass gerade eine dirigistische, autoritäre Staatspartei die effektivste Krisenpolitik betreibt. So wird China in deutschen Medien als nachahmenswertes Beispiel für ZeroCovid propagiert und als Vorbild dafür gepriesen, dass es kollektive Interessen der Gesellschaft rechtfertigen, Zwangsmaßnahmen zu ergreifen und die Privatsphäre zu missachten.

Wer die Marktwirtschaft retten will, muss nun schleunigst nachweisen, dass unsichtbare Hände primär den Interessen der Gesellschaft dienen, dass freie Märkte die Macht Einzelner brechen und Selbstverantwortung alle teilhaben lässt an den Erfolgen des Kapitalismus.

Es nützt einfach nichts und hilft auch nicht weiter, immer wieder darauf zu setzen, dass langfristig alle automatisch von den an sich völlig unstrittigen positiven Effekten der Marktwirtschaft profitieren werden.

Das stimmt zwar zweifelsfrei. Aber genauso ist eben richtig, dass die Unterschiede zwischen Besser- und Schlechtergestellten nicht wirklich verschwunden sind. Dabei ist gar nicht so wichtig, ob dem wirklich so ist. Entscheidender ist, wie die Bevölkerung denkt, dass sich die Dinge entwickeln. Viele Menschen bewerten die ökonomische Verteilung bei Einkommen und stärker noch bei Vermögen als unfair und finden diese Erwartung durch die Coronapolitik bestätigt.

Sie sind nicht bereit, Polarisierung und Spaltung sowie Ungewissheit, wie es mit Job und Einkommen weitergeht, als notwendiges Übel für insgesamt verbesserte Lebensbedingungen zu akzeptieren. Sie verlangen mehr Sicherheit, mehr Chancen und mehr Ausgleich als bis anhin. Und zwar jetzt!

Es widerspricht der Marktwirtschaft nicht, normative, gesellschaftlich gewünschte ökosoziale Ziele zu akzeptieren. Die Marktwirtschaft ist nicht Selbstzweck. Sie ist ein Instrument, den Benefit aller und nicht nur den Profit einiger zu mehren. Die Politik bestimmt öko-logische, soziale Ziele, die Marktwirtschaft setzt sie um!

Die Marktwirtschaft bedarf einer moralischen Erneuerung. Sie lebt vom allgemein getragenen Vertrauen, dass es „fair“ zugeht, allgemeine Regeln für alle gelten und alle von den Schiedsrichtern gleichbehandelt werden. Werden Gesetze von Führungskräften und wohlhabenden Eliten kaltblütig gebrochen oder von einer Minderheit durch zwar möglicherweise sogar legale, aber Treu und Glauben widersprechenden Umgehungstatbestände ausgehebelt, gerät die Marktwirtschaft zwangsläufig in Verruf.

Wenn die Elite trickst und manipuliert, bewertet die Gesellschaft derartiges Verhalten erst misstrauisch, dann mit Verachtung. Schließlich geht die allgemeine Moral verloren. Dann jedoch steht die Marktwirtschaft vor einer existenziellen Bedrohung. Denn darin liegt der große und entscheidende Unterschied: In autoritären Systemen wird per Zwang von oben regiert, in Marktwirtschaften per Überzeugung von unten. Und für die müssen sich Mehrheiten finden – spätestens bei der Bundestagswahl im Herbst.

In der lebendigen Natur geschieht nichts, was nicht in  
Verbindung mit dem Ganzen steht.

*Johann Wolfgang von Goethe*



*Eine Initiative des Senats der Wirtschaft*



Prof. Monika Grütters

## Wann gibt es wieder Applaus?

Die Kulturstaatsministerin und ihr Kampf in der Pandemie

Von Uly Köhler

Der Vorhänge sind seit einem Jahr gefallen, die Sitzreihen hochgeklappt und die Türen zu den Theatern und Bühnen verschlossen. Auch Museen, Galerien und Kulturstätten sind geschlossen. Immer wieder keimte Hoffnung auf, aber immer wieder erlebte die Kultur den dicken Dämpfer. Im Land der Dichter und Denker herrscht Traurigkeit und Frustration. Ob Zuversicht und Freude bald zurückkehren können, darüber sprach Uly Köhler mit der Staatsministerin für Kultur und Medien, Prof. Monika Grütters.

**E**in leichtes Aufatmen ist in der Kunst- und Kulturszene zu verspüren. Geht es Ihnen auch so?

Absolut. Ich fühle mich wie auf Entzug und freue mich sehr darauf, endlich wieder Ausstellungen besuchen zu können. Ich begrüße es auch sehr, dass Buchhandlungen nun in ganz Deutschland wieder geöffnet haben. Zudem gibt es konkrete Perspektiven für Kinos, Theater, Orchester und Opernhäuser – das sind Zeichen der Hoffnung für jeden Kulturliebhaber, aber auch und vor allem für die vielen Künstlerinnen und Künstler, die auf Auftritte vor Publikum angewiesen sind. Ich hoffe, dass die Inzidenzwerte es zulassen, auf diesem Kurs zu bleiben.

**I**m Vorfeld unseres Gesprächs habe ich mit einigen Kulturschaffenden gesprochen. Da gibt es natürlich unterschiedliche Positionen. Die Veranstalter und Theatermacher verweisen auf die nachweisliche Unbedenklichkeit einer Ansteckungsgefahr in ihren Räumlichkeiten. Dies sei aber nicht vehement zur Sprache gebracht worden, sie hätten keine Fürsprecher gehabt.

Anfang November hat uns die Dynamik der Pandemie zu harten Maßnahmen gezwungen. Die sozialen Kontakte mussten um rund 75 Prozent reduziert werden, um das exponentielle Wachstum der Infektionen einzudämmen. Zusammen mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kämpfte ich aber jeden Tag für die Kultur. Wir tun alles in unserer Macht stehende, um unsere weltweit einzigartige kulturelle Vielfalt auch in dieser Krise zu erhalten. Darüber hinaus hat die Kultur viele Fürsprecher auf höchster politischer Ebene. Dazu zählt auch und ganz besonders die Bundeskanzlerin, die für unsere Anliegen sehr wohl ein offenes Ohr hat. Wir wissen, wie sehr die Kultur derzeit leidet. Dass es gelungen ist, spezielle Hilfen für Soloselbständige gegen den anfänglichen Widerstand des Finanzministers durchzusetzen, haben wir auch maßgeblich der Kanzlerin zu verdanken.

Die große Wertschätzung der Politik für die Kultur lässt sich auch daran ablesen, dass die Kultur als einziges Ressort auf Bundesebene ein eigenes Hilfsprogramm bekommen hat: das mittlerweile zwei Milliarden Euro umfassende größte Konjunkturprogramm für die Kultur in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland mit der Idee NEUSTART KULTUR. Für dieses Signal der Solidarität mit den Künstlerinnen und Künstlern bin ich sehr dankbar. Diese zwei Kulturmilliarden – eine glatte Verdopplung meines Jahreshaushalts – sind auch im internationalen Vergleich ein Ausrufezeichen.

## *Den Akteuren der Kulturwirtschaft stehen die umfangreichen Hilfsprogramme des Bundeswirtschaftsministers und der Länder zur Verfügung*

**W**ieso mussten die Bühnen schließen, wo doch nachweislich dort keine Ansteckung stattfinden konnte?

Sie haben recht, viele Kultureinrichtungen haben Hygienekonzepte auch mit Hilfe der Bundesregierung vorbildlich umgesetzt. Sie haben sich sehr konstruktiv und solidarisch verhalten. Aber es geht eben auch darum, die Risiken bei An- und Abfahrten drastisch zu reduzieren und generell Menschenansammlungen so weit wie möglich zu verhindern. Der zweite Lockdown hat nicht zuletzt der gesamten Kulturbranche viel abverlangt. Mir blutet das Herz angesichts der monatelangen Schließungen, weil ich weiß, wie dramatisch die Situation der Künstlerinnen und Künstler ist, die in ihrem Lebensnerv getroffen sind. Deshalb gilt jetzt: Die Kultureinrichtungen waren die ersten, die schließen mussten – sie dürfen nicht die letzten sein, die wieder öffnen dürfen. Mittlerweile haben zahlreiche Studien etwa der Charité, des Fraunhofer-Instituts oder von Wissenschaftlern des Umweltbundesamts belegt, dass das Ansteckungsrisiko bei Kulturveranstaltungen gering ist. Ich erwarte und verlange, dass diese Studien genauso ernst genommen werden wie andere wissenschaftliche Erkenntnisse zu Corona.

**B**ei den staatlichen und städtischen Bühnen steht ja letztendlich der Steuerzahler zur Finanzierung im Hintergrund. Bei den privat betriebenen Unternehmen, die ja ebenfalls sehr wichtig für unsere Kulturlandschaft sind, sind es Idealisten bzw. nicht subventionierte Unternehmer. Können die auf ausreichende Hilfe hoffen?

In der Tat wurden privatwirtschaftliche Kultureinrichtungen besonders schwer von der Coronakrise getroffen. Deshalb richtet sich unser Rettungs- und Zukunftsprogramm NEUSTART

KULTUR auch gezielt an diese Akteure, an überwiegend privat geförderte Einrichtungen. Die einzelnen Förderprogramme wurden so stark nachgefragt, dass die erste Kulturmilliarde inzwischen fast vollständig belegt ist. Mit der zweiten Kulturmilliarde werden wir viele bisher überzeichnete Programme deutlich aufstocken. Darüber hinaus wird es neue Fördermaßnahmen geben, von denen gerade auch privatwirtschaftliche Kultureinrichtungen sowie Künstlerinnen und Künstler profitieren können – nicht zuletzt über umfangreiche Stipendienprogramme. Zudem stehen den Akteuren der Kulturwirtschaft auch die umfangreichen Hilfsprogramme des Bundeswirtschaftsministers und auch der Länder zur Verfügung.

**S**chauspieler, die an einem Haus angestellt sind, konnten einigermaßen versorgt durch die Zeit kommen. Anders diejenigen, die als Schauspieler auf der Bühne oder am Set stehen und dazu auch noch als Synchronsprecher arbeiten. Für diese Soloselbständigen war die bereitgestellte Unterstützung nur für die Betriebsausgaben gedacht gewesen, also an der Praxis vorbei – ohne Unternehmerlohn?

Wir haben beim Wirtschafts- und Finanzministerium sehr intensiv und mit viel Ausdauer dafür werben müssen, dass auch Schauspielerinnen und Schauspieler die Hilfen für Soloselbständige in Anspruch nehmen können. Ich bin sehr froh darüber, dass dies im Februar endlich gelungen ist. Seitdem werden die kurz befristet Beschäftigten in den Darstellenden Künsten in die Neustarthilfe einbezogen. Das kommt einem fiktiven Unternehmerlohn sehr nahe und ist ein faires Angebot für all diejenigen in der Kulturbranche, die unter der Pandemie persönlich und wirtschaftlich mit am stärksten leiden.

Die beste Methode, eine gute Idee zu bekommen, ist  
viele Ideen zu haben!

*Linus Pauling*

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



## *In der Krise ist vielen der gesamtgesellschaftliche Stellenwert der Kultur sehr bewusst geworden*

**R**und 1,8 Millionen Menschen sind als Kulturschaffende in Deutschland tätig. Wenn der Betrieb hoffentlich bald dank funktionierender Hygiene und Impfmaßnahmen wieder anläuft, werden sich sicherlich einige schwertun. Gibt es aus der Politik heraus Überlegungen, um mit Starthilfen zu unterstützen?

Genau eine solche Starthilfe leistet unser Programm NEUSTART KULTUR – daher auch der Name. Unser Ziel ist es, Kultureinrichtungen bei der Wiedereröffnung zu helfen. Deshalb haben wir unter

anderem pandemiebedingte Investitionen gefördert – also zum Beispiel Online-Ticketing-Systeme oder Belüftungssysteme. Einen weiteren Schwerpunkt werden Stipendienprogramme bilden, die einzelnen Künstlerinnen und Künstlern eine Starthilfe geben. Alle stehen in den Startlöchern und warten auf den Startschuss. Jetzt kommt es auf die Länder an, die für Öffnungen verantwortlich sind. Ich erwarte, dass sie bei einer entsprechenden Entwicklung der Infektionszahlen den Stufenplan für die Kultur sehr zügig in die Tat umsetzen. Und an die Adresse des Publikums ist ein eigener „Kultursommer“-Programmteil geplant.

**S**chauspieler beklagen, sie hätten in der Politik eine ganz geringe Lobby. Wie wollen Sie bei einem möglichen nächsten Lockdown der scheinbaren Entbehrlichkeit von Kunst und Kultur entgegenwirken?

Gerade Schauspielerinnen und Schauspieler verfügen sehr wohl über eine Lobby, die es versteht, ihre Interessen in der Öffentlichkeit markant zu formulieren. Wir stehen seit Monaten in intensivem Austausch mit verschiedenen Verbänden der Szene.

Es ist richtig und wichtig, dass die Kulturbranche in der Öffentlichkeit immer wieder auf ihre Notlage hinweist. Das hilft unserem Ressort bei der Argumentation – und war ja auch nicht nur bei den kurz befristet beschäftigten Schauspielerinnen und Schauspielern von Erfolg gekrönt.

In der Krise ist vielen der gesamtgesellschaftliche Stellenwert der Kultur sehr bewusst geworden. Denn wir alle spüren gerade, was wir vermissen und wie sehr wir die Kultur brauchen. Sie ist Quelle von Inspiration und Irritation, Reflexion und Innovation, sie ist fundamental für eine lebendige Demokratie – und sie holt uns hoffentlich bald wieder aus der häuslichen Isolation heraus.



Es gibt für uns keinen Reserveplaneten.

*Franz Alt*



*Eine Initiative des Senats der Wirtschaft*

Alexander Graf Lambsdorff

## Wenn Elefanten kämpfen

An dieses afrikanische Sprichwort erinnert sich Alexander Graf Lambsdorff, wenn er heute an die USA und China denkt

Von Uly Köhler

Er ist ein begeisterter Europäer und er bewegt sich sicher auf dem diplomatischen Parkett. Mit Sorge sieht er die Entwicklung zwischen China

und den USA und er sorgt sich vor möglichen Verlusten für Europa. Uly Köhler sprach mit Alexander Graf Lambsdorff in Berlin.

Alexander Graf Lambsdorff MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion



**S**ie sind seit Herbst 2017 Mitglied im Deutschen Bundestag. Sie sind stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion und Sie sind zuständig für Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik. 13 Jahre waren sie davor als Europaabgeordneter in Brüssel. Es ist zu vermuten, dass die Europa-politik für Sie einen besonderen Reiz hat.

Das stimmt, natürlich ist die Europapolitik ganz besonders entscheidend. Die Konferenz zur Zukunft Europas hat gerade begonnen. Frau Merkel wird im Herbst abtreten und im nächsten Frühjahr wird in Frankreich gewählt. Das heißt, in Brüssel, Deutschland und Frankreich tun sich Dinge, die auf ganz Europa Auswirkungen haben werden.

**W**as kann man eigentlich als engagierter und freudiger Europapolitiker mit in die Bundespolitik nehmen?

Was ich mitgenommen habe aus Brüssel, war ein Wunsch, der sich nicht durchgehend erfüllt hat, nämlich parteiübergreifend Mehrheiten zu sammeln, an Themen orientiert. So wird in Brüssel im Europäischen Parlament gearbeitet, während in Berlin die Regierungskoalition grundsätzlich gegen alles stimmt, was die Opposition vorlegt.

Ich halte das für unklug, aber so ist es nun einmal, und daher bin ich stolz, dass es uns da an der einen oder anderen Stelle dann doch einmal gelungen ist, Mehrheiten zu bauen, zum Beispiel beim Kampf gegen Antisemitismus. Da bin ich als Vorsitzender der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe besonders engagiert und wir haben es geschafft, auch einmal gemeinsam Beschlüsse zu fassen.

**I**n diesen Tagen steht Europa ja in vielen Punkten ganz besonders im Blickpunkt. Ich nenne im Besonderen hier die Impfstrategie und die Impfpolitik im Zusammenhang mit der Coronapandemie. Es heißt, alles sei europäisch abgestimmt, keiner soll bevorzugt werden bzw. soll sich irgendwelche Vorteile genehmigen oder beschaffen. Trotzdem gibt es beim Blick auf den Impferfolg der einzelnen Länder große Unterschiede. Wie kann so etwas sein?

Innerhalb der Europäischen Union gibt es Unterschiede bei der Verimpfung, das stimmt. Das kann aber nur an der nationalen Organisation liegen, denn die Beschaffung ist ja gemeinsam organisiert worden. Leider hat die Kommission das nicht gut gemacht, das kann man gar nicht anders sagen, so dass die EU insgesamt hinter anderen Weltregionen zurückliegt. Es wurde zu spät und zu wenig bestellt. Das wird sich hoffentlich noch im Laufe des Jahres beschleunigen.

**W**ar es denn trotzdem richtig, die Beschaffung europäisch zu organisieren?

Ja, das war es, denn wenn wir ein Wettrennen zwischen Deutschland, Frankreich, Polen, Österreich, Italien und so weiter gehabt hätten, wäre das für den Zusammenhalt der Europäischen Union noch schlimmer gewesen als jetzt die berechnete Kritik an der Europäischen Kommission. Dass es national immer besser laufen würde, kann beim Blick auf die Performance der Bundesregierung ja auch niemand behaupten.

### **W**as kann man denn aus den Fehlern der Kommission lernen?

Etwas ganz Konkretes: Wir haben vom Europäischen Parlament aus immer darauf hingewiesen, dass in grenzüberschreitenden Notsituationen – und die Pandemie ist ja so eine grenzüberschreitende Notsituation – die Europäische Union originäre Zuständigkeiten braucht. Die hat sie aber nicht. Die Gesundheitspolitik haben die Mitgliedstaaten als Teil ihrer nationalen Souveränität zurückbehalten, weshalb die Europäische Union auch keine Gelegenheit hatte zu üben, wie man in so einer Situation reagiert. Und ich glaube, das ist die wichtigste Lektion, wenn es wirklich um grenzüberschreitende Sachverhalte geht. Es ist richtig, es in Europa gemeinsam zu machen, aber nicht erst in der Krise damit anzufangen.

**I**ch möchte Sie gerne zitieren: *Die Europäische Union ist das großartigste Friedensprojekt der Geschichte unseres Kontinents. Wir brauchen einen europäischen Erneuerungsimpuls, der sich auf die großen Dinge konzentriert, statt sich in tausend Details zu verstricken. Woran machen Sie diese Forderung fest?*

Zunächst an der Weltlage, da wir mit einem China konfrontiert sind, das sehr aggressiv auftritt, und Russland einen Kalten Krieg mit Desinformation und Cyberattacken gegen uns führt, gegen unsere Demokratien, auch gegen unsere Bundestagswahl. Gegen die Europäische Union.

Das Zitat stammt noch aus einer Zeit, als Donald Trump US-Präsident war. Daher bin ich der Meinung, dass wir als Europäer dafür Sorge tragen müssen, auch allein handlungsfähig zu sein.

### **W**ie meinen Sie das? In welchem Sinne „handlungsfähig“?

In dem Sinne, dass wir unsere Werte und Interessen schützen können und unsere Art zu leben, die uns ja ausmacht in Europa – „European Way of Life“ nenne ich das –, weitergeben an kommende Generationen. Und da bin ich der Meinung, dass wir beispielsweise in der Wirtschaftspolitik erheblich mehr machen können. Aber vor allem in der Außenpolitik, beim Klimaschutz, in der Digitalisierung. Es gibt so viele große Themen, eines haben Sie eben selbst angesprochen: Bekämpfung von Pandemien. Es ist natürlich sinnvoller, so etwas europäisch abgestimmt zu machen als mit einem solchen Flickenteppich. Wobei, leider muss man sagen: Deutschland produziert ja mit diesen Bund-Länder-Runden seinen eigenen Flickenteppich. Also insofern sieht man schon daran, dass dies auf mehreren Ebenen sehr schwierig ist.

**E**uropa ein Friedensprojekt – Frieden muss auch gesichert werden – überall in der Welt. Die Bundeswehr beteiligt sich an solchen Einsätzen. Aber anscheinend sind unsere Soldatinnen und Soldaten selbst nicht gut gesichert.

Das ist richtig. Ich ärgere mich maßlos darüber, dass nach zehn Jahren Diskussion es auch in dieser Legislaturperiode nicht gelingen wird, guten Schutz der Soldatinnen und Soldaten in ihren gefährlichen Einsätzen in Mali, im Irak oder Afghanistan mit bewaffneten Drohnen sicherzustellen. Die SPD hat sich da seitwärts in die Büsche geschlagen. Ich finde es falsch, aber respektiere, wenn man wie die Grünen sagt: „Wir sind gegen die Beschaffung.“ Ich respektiere genauso, wenn man wie FDP und Union sagt: „Wir brauchen das System.“ Was ich nicht respektieren kann, ist die offenkundige Unwahrheit, dass es weiterer Diskussionen bedürfte, die aus der SPD gekommen ist. Seit zehn Jahren diskutieren wir Drohnen, es ist wirklich alles gesagt. Insofern bin ich wirklich wütend, dass die Große Koalition die deutschen Soldatinnen und Soldaten im Ausland an dieser Stelle allein lässt.

Frage nicht, was dein Land für Dich tun kann. Frage vielmehr, was Du für dein Land tun kannst.

*John F. Kennedy*

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



## *Ich möchte, dass wir in Europa ein sanftmütiger Elefant werden*

**W**elche Aufgaben haben Deutschland und Europa zukünftig, um Frieden zu wahren und Konflikte zu verhindern?

Wir müssen nach außen wehrhaft sein. Als Europäische Union müssen wir gemeinsam mit den USA, Kanada, Japan und anderen Demokratien unsere Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit schützen. Die geraten global zunehmend unter Druck, denn wir sehen immer mehr autoritäre Regierungen in großen Ländern. Ob das jetzt Brasilien, Russland oder die Türkei ist, man kann das weltweit beobachten. Das ist das Wichtigste, denn nur wenn wir unsere Werte schützen, können wir anderen Ländern oder anderen Regionen wie dem westlichen Balkan oder der Sahelzone helfen.

**S**ie haben es ja bereits angedeutet ... Inwiefern spielen hier neue Ansätze aufgrund von Corona, beispielsweise der Digitalisierungsschub, eine Rolle zur Umsetzung einer erfolgreichen europäischen Friedenspolitik?

Ich glaube, dass dies eine Frage ist, die leider in Deutschland falsch geführt wird. Da gibt es die Idee von Emmanuel Macron, europäische Souveränität herbeizuführen. Bei uns verstehen viele unter „Souveränität“ etwas Staatsrechtliches. Aber das ist der falsche Ansatz. Es geht um die politische Souveränität, also die Fähigkeit, das, was man sich vornimmt, erfolgreich in die Tat umzusetzen. Und deswegen glaube ich, dass wir auch in der Außen- und Sicherheitspolitik noch viel mehr tun können als Europäer, beispielsweise die Zusammenarbeit unserer Streitkräfte verbessern.

**S**ie sind Historiker, Politiker und Diplomat. Längere Aufenthalte führten Sie in die USA und nach Russland. Wie wird sich die Beziehung zu Russland weiter entwickeln?

Da schlagen immer zwei Herzen in meiner Brust. Denn ich mag das Land. Ich bin immer gerne in Moskau oder Sankt Petersburg. Die Menschen sind nett, das Essen ist gut, Literatur, Kunst, Musik sind wundervoll. Aber die Regierung geht mit ihren innenpolitischen Gegnern brutal um, wie wir an Alexej Nawalny sehen. Moskau hat Soldaten in anderen Ländern wie Georgien, Moldau oder der Ukraine im Einsatz gegen den Willen der dortigen Regierungen. Bei der russischen Invasion in der Ost-Ukraine sind mehr als 13.000 Menschen ums Leben gekommen, das vergessen wir in Deutschland viel zu oft.



## Was bedeutet das für unseren Umgang mit Russland in der Zukunft?

Für jetzt bedeutet das, dass wir mit Russland sehr nüchtern umgehen müssen. Den Dialog fortsetzen sollten wir immer, auch wenn es ein paar Jahre lang vielleicht eher serielle Monologe sind als ein echter Dialog. Aber ich bin pessimistisch, dass wir in absehbarer Zeit mit dieser russischen Regierung eine substanzielle Verbesserung der Beziehungen hinkriegen. Ich sehe nur einen wirklichen kritischen Punkt, über den sich das ändern kann, und zwar, dass man im Kreml endlich erkennt, dass sich die enge Anlehnung an China mittelfristig für Russland nicht bezahlt machen wird. China ist zu dominant, als dass es Russland auf Dauer auf Augenhöhe akzeptieren würde, während Russland in Europa ja vor 1945 und erst recht vor 1917 ein geachtetes Mitglied der europäischen Völkerfamilie war. Da sollten wir eigentlich wieder hinkommen. Als Freie Demokraten wollen wir Russland wieder für Europa gewinnen, aber zurzeit ist die russische Regierung nicht willens, diesen Weg zu gehen.

**H**ier bleiben also die Hoffnungen ganz vorne. Entspannter scheint es ja in den Beziehungen zwischen den USA und Europa zu werden. Haben Sie aufgeatmet, als Joe Biden als Präsident vereidigt wurde?

(lacht) Wer hat das nicht? Bis auf ein paar Extremisten auch bei uns, die unsere Verfassung verachten, die gegen Europa sind, gegen das moderne Leben in seiner ganzen Vielfalt.

Also ein paar Ewiggestrige mögen sich an Trump erfreut haben. Aber dass mit Joe Biden ein Politiker der Mitte gewählt worden ist, der ein guter Freund Europas ist, ein guter Freund Deutschlands, ist Grund zur Freude. Das hat er auch sofort bestärkt, indem er bei der Münchner Sicherheitskonferenz als erster amtierender US-Präsident eine Rede gehalten hat. Das hat es ja noch nie gegeben und das war ein ganz starkes Signal der deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit.

Das ist auch deswegen gut, weil wir natürlich mit den USA wirtschaftlich und persönlich so eng verflochten sind, dass es auch in unserem nationalen Interesse ist, dass die Beziehungen zu den USA wieder besser werden.

**J**etzt bauen Sie mir so eine schöne Brücke mit der Münchner Sicherheitskonferenz zu Ihrem Buch. Denn zu diesem Buch hat sich der Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz, Botschafter Wolfgang Ischinger ganz wertvoll und sehr lobend geäußert.

Ja. Da war ich auch sehr dankbar.

**Z**um Glück sind nun die Buchhandlungen wieder geöffnet, denn in diesen Tagen kam Ihr Buch auf den Markt. Der Titel: Wenn Elefanten kämpfen. Im politischen Sinn kommen da die Gedanken an Amerika, Russland, China ... Elefanten sind die größten Landtiere mit einem hochentwickelten Sozialverhalten. Sie stehen für Stärke und Sanftmut. Da wird es jetzt schwierig beim Vergleich, oder?

Man darf Vergleiche natürlich nicht zu weit treiben, aber mir ist eines wichtig an dem Bild. „Wenn Elefanten kämpfen“ ist ein afrikanisches Sprichwort, dessen zweiter Teil lautet: „dann leidet das Gras“. Mir ist wichtig, dass wir als Europäer verstehen, dass wir zum Gras in diesem Konflikt werden können, wenn wir uns nicht zusammenraufen und uns gemeinsam mit denjenigen aufstellen, mit denen uns unsere wichtigsten Werte verbinden. Ich möchte, dass wir ein sanftmütiger Elefant werden in Europa und gemeinsam mit den anderen sanftmütigen Elefanten eine so starke Herde bilden, dass ein aggressiver Bulle, der allein unterwegs ist, uns nichts anhaben kann. Und im Moment sehe ich leider je einen großen und einen kleinen Elefantenbullen unterwegs, China und Russland, die sich gegen unsere Werte wenden.

## *Alexander Graf Lambsdorff fordert einen radikalen Wechsel der Perspektive*

**I**n Ihrem Buch schreiben Sie: „Wir leben in einer Zeitenwende. Jene Weltordnung, die es uns erlaubte, mehr als siebzig Jahre in Wohlstand, Zufriedenheit und Sicherheit zu leben, löst sich auf. Neue Machtverhältnisse entstehen und werden für Europa zu einer existentiellen Bedrohung.“ Das klingt nicht zuversichtlich – das klingt sogar beängstigend.

Das Buch will ein Weckruf sein. Wir haben uns so wohlbehaglich eingerichtet in einer Welt, die wir für selbstverständlich halten, dass wir vergessen, wie abhängig wir von internationalen Rahmenbedingungen sind. Viele Länder öffnen ihre Grenzen für unsere Produkte und Dienstleistungen. Das ist nicht selbstverständlich, aber beschert uns großen Wohlstand. Wir sind militärisch abgesichert in der NATO. Das ist nicht selbstverständlich, aber es beschert uns Frieden und Freiheit. Wir haben politische Freunde in der Europäischen Union. Das ist nicht selbstverständlich, aber es erlaubt uns, die Regeln für unseren größten Markt massiv zu beeinflussen.

Ich stelle in dem Buch eine Frage und beantworte sie, nämlich die, ob wir als Deutschland diese Rahmenbedingungen selbst schaffen könnten. Das könnten wir nicht, weil wir im globalen Vergleich viel zu klein dafür sind.

Der Verfassungsrechtler Ernst Wolfgang Böckenforde sagte einmal: „Die Demokratie lebt von Voraussetzungen, die sie selbst nicht herstellen kann.“ Ich sage: Deutschland lebt in und von einem internationalen System, das es selbst nicht herstellen kann.

Das System der Allianzen, das System der offenen Märkte, das System des Völkerrechts und des Multilateralismus. Aber wenn das System weg ist, dann würden wir das sehr, sehr schnell merken. Und zwar zu unserem Nachteil.

**S**ehen Sie das als ein Problem der deutschen Politik?

Definitiv. Die Politik muss endlich nachvollziehen, was die deutsche Wirtschaft seit Jahrzehnten ganz selbstverständlich tut: den Blick über den Tellerrand wagen und die besten Ideen und die besten Ansätze aus der internationalen Politik, aus anderen Ländern auch nach Deutschland bringen. So läuft es ja in der Wirtschaft, da gibt es eine klare Weltorientierung: Wo gibt es Absatzmärkte? Wo gibt es Partner für die Produktion? Wie werden Lieferketten gestaltet? Die deutsche Politik aber schaut fast nur auf den nationalen Rahmen. Das muss sich ändern, wenn die Berliner Republik erfolgreich sein will.

Geboren am 05.11.1966 in Köln als Sohn eines Diplomaten. Nach dem Abitur Ausbildung zum Reserveoffizier. Danach Masterstudium in Europäischer Geschichte in Bonn und Washington. Ab 1995 Ausbildung zum Diplomaten und ab 1997 im Planungsstab des Auswärtigen Amtes. Diplomatische Tätigkeiten in Washington und als Länderreferent für Russland. 2001 wurde er Mitglied im FDP-Bundesvorstand. Er lebt in Bonn.

## Buchtipp

Noch vor Kurzem glaubten wir, dass freiheitliche Werte sich mit dem Ende des Kalten Krieges weltweit durchsetzen werden. Das hat sich als falsch erwiesen: Die Demokratie befindet sich überall auf dem Rückzug. Mehr noch: Unser ganzes Weltbild wird von Mächten wie China radikal in Frage gestellt.

„China, Russland, Indien, Amerika – wer sind die Elefanten des 21. Jahrhunderts? In neuen kalten Kriegen werden unsere Freiheit, unsere Werte und unsere Lebensart zertrampelt, wenn wir die Welt nicht endlich verstehen, wie sie wirklich ist. Das erfordert einen radikalen Perspektivwechsel – und dann mutige und unbequeme Antworten.“ Deutschland steht vor völlig neuen geopolitischen Herausforderungen.

Alexander Graf Lambsdorff fordert deshalb einen radikalen Wechsel der Perspektive: Wir müssen erkennen, dass Europa mit seinen freiheitlichen Werten nicht mehr der Nabel der Welt ist und daraus die Konsequenzen ziehen. Unser „European Way of Life“ hat eine Zukunft – wenn Deutschland und Europa ihren Führungsanspruch erneuern – als starke Vorbilder, offene Gesellschaften und loyale Verbündete. So können die großen Demokratien des Westens wieder zusammenrücken und ihren Herausforderern etwas entgegensetzen.

Propyläen Verlag  
272 Seiten, € 24,00 (D) ISBN: 978-3-549-100325





Astrid Hamker

# Manchmal brüllen wir der Politik entgegen

Die Präsidentin des CDU-Wirtschaftsrates über Mahnen und Anbieten

Von Uly Köhler



Im Wirtschaftsrat der CDU finden seit fast 60 Jahren Unternehmen und unternehmerisch tätige Führungskräfte aus allen Bereichen der deutschen Wirtschaft zusammen. Über 12.000 Mitglieder zählt der Berufsverband, der seit 2019 von einer Präsidentin geleitet wird.

Uly Köhler sprach in Berlin mit Astrid Hamker.

**S**eit zwei Jahren sind Sie die Präsidentin des Wirtschaftsrates der CDU. Seit seiner Gründung im Jahr 1963 sind Sie die erste weibliche Vorsitzende. Hatten bis dato Frauen für die Wirtschaft kein sonderliches Interesse?

Nein, ich bin ja nicht in das Amt als Präsidentin des Wirtschaftsrates gekommen wegen meines Geschlechts als Frau, sondern vielleicht, weil ich zu dem Zeitpunkt, als die Position vakant war, diejenige war, der man es

zugetraut hat. Ich habe eine vielleicht ungewöhnliche Karriere, wenn man das so sagen darf, im Wirtschaftsrat, dahingehend dass ich verschiedene Funktionen wahrgenommen habe. Ich engagiere mich seit 1997, war zunächst Sektionssprecherin in Osnabrück, bin dann 2000 in den Landesvorstand Niedersachsen gekommen, 2004 von meinem Vorgänger vorgeschlagen worden zur Wahl als Landesvorsitzende, 2005 für das Präsidium, 2013 Bundesschatzmeisterin bis 2019, und dann hat eine Findungskommission mir angetragen, als Präsidentin zu kandidieren, was ich sehr gerne übernommen habe.

Mir macht das Amt auch große Freude. Aber ich denke, Sie sehen an diesem Werdegang, dass das Thema Frau, Geschlecht, hier keine Rolle gespielt hat. Nichtsdestotrotz gebe ich zu, dass wir uns als Wirtschaftsrat in den letzten Jahren darum bemüht haben, mehr Frauen für unsere Gremien zu finden. Das ist an der ein oder anderen Stelle nicht ganz einfach, aber wir sind gut vorangekommen und ich habe mich natürlich auch sehr gerne und aus Überzeugung an die Spitze der Bewegung gestellt. Das aber nur im Zuge einer Selbstverpflichtung und nicht auf Basis einer festen Quote.

## Unser Kompass ist die soziale Marktwirtschaft

**S**ie sind als Tochter des Unternehmers Hartwig Piepenbrock vermutlich ganz früh mit wirtschaftlichen Themen konfrontiert worden. Ihr Vater machte die Piepenbrock Service GmbH zum größten Dienstleistungsunternehmen im Facilitymanagement Deutschlands. Bestimmten Wirtschaftsthemen den Alltag?

Wenn man in eine Unternehmerfamilie hineingeboren wird und der Vater das Unternehmen aufbaut, dann sitzt das Unternehmen immer mit am Tisch. Das heißt, man wird frühzeitig mit all den Herausforderungen und auch manchmal mit den Risikopotenzialen konfrontiert. Mein Vater war ein Mensch, der sich sehr stark ehrenamtlich engagiert hat, weil er die Auffassung hatte – und die hat mich auch sehr geprägt – man muss der Gesellschaft etwas zurückgeben, man trägt als Unternehmer gesellschaftspolitische Verantwortung.

Und interessanterweise hatte ich im Alter von 15 bis 16 vor, gegebenenfalls in die Politik zu gehen, habe dann aber relativ schnell gesehen, dass das nichts für mich ist, und ich habe heute mit meinem Amt im Wirtschaftsrat die schöne Aufgabe, unternehmerischen Sachverstand an die Politik zu bringen, also Wirtschaft und Politik, ohne eben als Politikerin aktiv zu sein, sondern das auch aus einer gewissen Unabhängigkeit heraus tun zu können.

**M**it dem Abschluss des Studiums Betriebswirtschaftslehre an der renommierten Hochschule in St. Gallen begann 1992 Ihr Berufsleben und etwas später auch der Start in den politischen und ehrenamtlichen Bereich. Wollten Sie verändern und verbessern?

Ja, ich habe schon den Anspruch. Ich bin ein Mensch, der auch eine gewisse Gestaltungskraft mitbringt. Und durch diese politische Leidenschaft auf der einen Seite, aber andererseits auch vor dem Hintergrund, wie wichtig auch für Unternehmen die Rahmenbedingungen sind, habe ich mir ein Feld für mein Engage-

ment gesucht, wo ich das letztendlich miteinander in Einklang bringen kann. Und da habe ich insbesondere den Wirtschaftsrat immer als geeignete Institution gesehen, um auch eine entsprechende Gestaltungskraft, wie sagt man so schön, entwickeln zu können. Aber als Unternehmer haben Sie in gewisser Weise den Anspruch, die Dinge voranzubringen, und ich bin der Meinung – oder ich habe für mich einfach das Ziel –, wenn man schon in diesem schönen Land leben darf, die Vorzüge unserer Wohlstandsgesellschaft genießen darf und sich mit der sozialen Marktwirtschaft identifiziert, dann ist die Aufgabe, dass man einen Beitrag leistet, damit das alles für die nächsten Generationen so weitergeht.

**D**er Wirtschaftsrat der CDU steht der Partei zwar nahe, ist aber vollkommen partei offen. Das heißt, dass Sie auch laut gegen die Politik protestieren können?

Das tun wir auch und das ist auch immer wieder unsere Herausforderung. Wir sind ja in den letzten Jahren, eigentlich seitdem ich im Amt bin – und es war auch schon bei meinen Vorgängern so –, als sehr lautstark wahrgenommen worden. Wir haben die Rolle des konstruktiven Gestalters und des kritischen Mahners und diese Rolle nehmen wir sehr ernst. Unser Kompass ist die soziale Marktwirtschaft und die uns nahestehende Partei hat sich ja in den letzten Jahren, was ihren Markenkern betrifft, das Thema Wirtschaftskompetenz, doch von uns entfernt, nicht wir von der CDU.

Wir versuchen natürlich immer wieder, entsprechend ordnend einzugreifen, so dass sie den Kurs, den wir uns eigentlich wünschen, auch wieder einschlägt. Da habe ich natürlich durch mein Amt als Präsidentin verschiedene Möglichkeiten. Ich bin ja kooptiert, das heißt, beratendes Mitglied im Bundesvorstand der CDU, und Sie können sicher sein, dass ich da meine Stimme erhebe. Denn ich bin ja nicht der Partei verpflichtet, sondern unseren Mitgliedern, und die bringen eine Menge an Kraft und Durchsetzungsstärke mit, sodass wir dann auch klare Positionen entsprechend einbringen können.

Euer Glück hat keinen Preis und wird nicht gehandelt.  
Es ist keine App, die auf das Handy heruntergeladen wird.

*Papst Franziskus*

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



**E**s heißt ja oft, im Parlament sitzen nur Juristen und Lehrer, Wirtschaftler und Unternehmer sind kaum zu finden – man könne daher profundes Wirtschaftswissen kaum erwarten. Sind Sie da so eine Art „Flüsterer“?

Das würde ich schon so sehen, dass wir das als Wirtschaftsrat sind. Und wir haben natürlich auch im Vergleich zu anderen Verbänden den Vorteil, dass wir übergreifend sind. Wir haben verschiedene Branchen unter unseren Mitgliedern, wir haben verschiedene Unternehmensgrößen und wir haben eben unsere Herzkammern der Kommission, die konkrete Lösungsvorschläge erarbeiten, und diese Lösungsvorschläge, die flüstern wir und manchmal brüllen wir die auch regelrecht den Politikern entgegen. Aber das macht uns sehr authentisch und glaubwürdig, weil es ja nicht die Meinung einer Einzelperson oder eines kleinen Kreises ist, sondern wir repräsentieren ja immerhin über fünf Millionen Arbeitsplätze, und das ist ja schon ein erhebliches Gewicht, was wir dann bei unseren Flüsterattacken entsprechend in die Waagschale legen können.

**Z**irka acht Monate nach Beginn der Präsidentschaft kam der erste Lockdown in Deutschland. Eine Situation, wie sie noch nie dagewesen war und für die es eigentlich keine Blaupause zur Lösung gab. Was waren Ihre ersten Überlegungen?

Zunächst waren die ersten Überlegungen eher so, dass man doch persönlich sehr betroffen war, weil man immer wieder gehört hat, es kann durchaus irgendwann mal eine Pandemie geben. Aber das war ja, als

die Bilder aus Wuhan kamen, relativ weit weg, und dann kam es doch schnell ganz nah. Das hat uns allen noch mal verdeutlicht, wie vernetzt wir alle sind und wie schön das einerseits ist, dass es die Vernetzung und die Globalisierung gibt, aber auf der anderen Seite, dass damit auch bestimmte Risiken verbunden sind. Ich muss sagen, ich habe die Politik nicht beneidet, weil – Sie sagten es gerade – es gab ja keine Blaupause dafür, die Entscheidungen zu treffen. Auf der einen Seite, die Menschen zu schützen, und auf der anderen Seite, was das Thema Gesundheitsschutz, Infektionsketten betrifft, auch verhältnismäßige Entscheidungen zu treffen, was das Thema Wirtschaft und auch die Rechte der Menschen betrifft, das war sicherlich nicht ganz einfach.

Ich denke auch, dass die Sofortmaßnahmen, die auf den Weg gebracht worden sind, sehr gut waren. Und ich habe mich natürlich sehr darüber gefreut, dass wir als Deutschland – und das macht einen natürlich auch ein bisschen stolz – gerade in der Anfangsphase weit aus resilienter in diese Krise reingekommen sind. Auf der einen Seite, weil wir die vielen mittelständischen Unternehmen haben, auch Familienunternehmen, die sehr stark im Wettbewerb sind, die auch durchaus gut gerüstet sind, um mal eine Durststrecke zu überstehen. Auf der anderen Seite, dass wir in den letzten Jahren – mit dem Thema Schuldenbremse und sparsame Haushaltsführung verbunden – dass wir einfach vernünftig waren. Wir sind ja auch als Deutschland dafür bestimmt worden, dass der Staat eben gewisse Mittel hatte, die dann entsprechend auf den Weg gebracht worden sind. Und ich habe mich auch gefreut, dass es bei vielen Menschen so etwas wie Solidarität gegeben hat, dass man einfach gesehen hat, man muss füreinander einstehen und einander helfen, und ich glaube, das ist auch ein wichtiges Signal, das wir auch gesellschaftlich aus dieser Pandemie mitnehmen sollten.

*Es ist ganz wichtig, dass wir den Blick nach vorne richten und Kriterien für die Öffnung der verschiedenen Branchen festlegen*

**D**ie bundesdeutsche Wirtschaft ist geprägt durch Produktion und Handel. Beide sind betroffen, der Handel warnt besonders vor dem Zusammenbruch. Immer wieder hört man von Ungleichbehandlungen der Politik. Finden Sie das auch?

Die Politik muss natürlich abwägen, wo die größeren Risiken sind. Ich sehe es nicht so, dass die Menschen sich beim Einkaufen oder beim Besuch eines Restaurants angesteckt haben, und auch im Regelfall nicht in den Unternehmen, aber es musste irgendwo eine Entscheidung getroffen werden, um zu verhindern, dass es diese Ströme auch der Menschen gibt. Und ich finde, jetzt ist ganz wichtig, dass wir den Blick nach vorne richten, dass wir nicht sagen, wir öffnen erst die eine Branche und dann die andere Branche, sondern dass wir Kriterien festlegen. Und wenn diese Kriterien entsprechend erfüllt sind, dass dann ein Unternehmen die Möglichkeit hat, seine Geschäftstätigkeit wieder aufzunehmen, völlig egal ob es ein Restaurant, Einzelhandel oder ein Hotel ist.

**M**ancher Unternehmer macht sich kaum Hoffnung. Wie viel Prozent der Läden im kleinen und mittleren Einzelhandel werden Ihrer Schätzung nach noch in diesem Jahr in die Insolvenz gehen?

Es gibt Hinweise aus einem Spitzentreffen mit dem Bundeswirtschaftsminister in der vergangenen Woche, da hieß es, es würden ungefähr 50 Prozent der Ein-

zelhändler vor dem Aus stehen. Ich kann diese Zahl nicht beurteilen, habe sie aber mit Entsetzen zur Kenntnis genommen. Aber wir müssen, wenn wir uns über die Folgen der Pandemie unterhalten, eines ganz klar sehen. Wir sind schon geschwächt in diese Pandemie hineingegangen.

Es gab in vielen Branchen bereits Ende 2019 Hinweise darauf, dass die Konjunktur sich eintrüben würde, insbesondere deshalb, weil manche Unternehmen sich nicht so auf die Transformation – so sagt man ja – eingestellt haben, wie man das hätte machen müssen. Und für die war natürlich diese Pandemie ein Brandbeschleuniger.

Und wenn ich den Einzelhandel konkret anspreche, dann hat der letztendlich auch vor der Pandemie das Bedrohungspotenzial des Online-Handels gehabt, das ist ja ein bekanntes Phänomen.

Und jetzt ist das große Risiko, dass letztendlich dieser Lockdown ein Konjunkturprogramm für den Online-Handel ist, und wir müssen natürlich alle jetzt sicherstellen, dass die Einzelhändler wieder auf die Füße kommen. Es sind Hilfen geflossen und ich denke, die Politik ist großzügig gewesen.

Wir können jetzt nur hoffen, dass der Einzelhandel es wieder schafft, seine Tätigkeit aufzunehmen und – das finde ich besonders wichtig für alle Branchen – dass wir alle die Herausforderungen, die schon vor der Pandemie dagewesen sind, aufgeschlossener annehmen und schneller die entsprechenden Weichen stellen.



**S**eit einem Jahr machen die sogenannten systemrelevanten Einzelhändler mit ihren Hygienekonzepten vor, dass man mit dem Virus leben kann. Die Begründung für die Schließung des sonstigen Einzelhandels war immer die hohe Mobilitätsrate in den öffentlichen Verkehrsmitteln. Eine gemeinsame Strategie mit privaten Busunternehmen, um die öffentlichen Verkehrsmittel temporär zu entlasten, wäre eine Lösung und würde auch diesen noch helfen.

Ja, es gab auch von uns gute Lösungsvorschläge. Zunächst haben die Unternehmen – und das finde ich immer wieder wichtig – der Politik zu erklären. Sie sagten eben, die Politik hat jetzt nicht so ganz viel wirtschaftlichen Sachverstand. Die Unternehmen haben massiv in Hygiene- und Abstandskonzepte investiert, und damit ist nicht gemeint, dass ich einfach nur einen Desinfektionsspender aufstelle, sondern es wurden Schichtsysteme geändert, es wurden Prozesse geändert, es wurden Menschen teilweise ins Homeoffice gebracht. Und das haben sie gemacht aus Verantwortung den Menschen gegenüber, damit es in den Unternehmen keine Infektionsketten gibt. Natürlich auch zum Selbstschutz, weil niemand wollte das Coronavirus in seinen Räumlichkeiten haben, mit den verbundenen Konsequenzen. Und die Unternehmen haben ja die ganze Zeit gezeigt, dass es durchaus mit solchen Hygiene- und Abstandskonzepten geht. Die Politik gibt auch mittlerweile zu, dass man nicht mehr so richtig nachvollziehen kann, wo die Infektionen herkommen, aber ich denke, dass da sehr viel auch im privaten Umfeld passiert ist, wo man keine Kontrolle hat. Und da nützt es natürlich nichts, wenn die Unternehmen die Hygienekonzepte umsetzen, die Menschen aber in ihrem privaten, persönlichen Leben – ich sage mal so – nicht vernünftig sind.

Wir haben als Wirtschaftsrat auch frühzeitig gefordert, dass man beispielsweise Risikogruppen, wenn ich an die älteren Menschen denke oder auch an Menschen mit Vorerkrankungen, dass man die primär besser schützt, aber versucht, allen anderen das normale Leben, wenn ich das mal so sagen darf, aufrechtzuerhalten. Und wir haben uns auch frühzeitig für weitaus mehr Testungen ausgesprochen. Ich denke, da hätte präventiv viel mehr passieren müssen. Aber was wir kritisieren, ist auch: Es gab am Ende des Tages keine richtige Strategie. Man hat geglaubt, mit diesem brachialen Instrument des flächendeckenden Lockdowns das Ganze beherrschen zu können, und wir stellen heute fest, dass das letztendlich nicht der Fall gewesen ist. Da haben wir vermutlich auch einen Fehler gemacht, es gab ja auch keine Blaupause, aber wir müssen jetzt alles daransetzen, um schnell wieder zur Normalität zu kommen.

**W**as halten Sie von einer zu bildenden Taskforce, bestehend aus Politik, Wissenschaft und Handelstreibenden der verschiedenen Branchen, die gemeinsam ein Corona-Hygienekonzept aufstellen und für den gesamten Handel an den Endverbraucher kommunizieren, damit dieser wieder gefahrlos für die Kunden und Mitarbeiter öffnen kann?

Ich würde eine solche Taskforce sehr begrüßen, würde das aber nicht unbedingt auf den Handel begrenzen, sondern durchaus auch andere Branchen miteinbeziehen. Wir haben ja auch Hotel- und Gastronomiegewerbe, wir haben den ganzen Bereich der Kulturschaffenden, wir haben den Bereich der körpernahen Dienstleistung, das wäre sehr sinnvoll. Das war im Übrigen auch einer der Vorschläge der Spitzenverbände beim Gespräch mit dem Bundeswirtschaftsminister und es gab Einigkeit bei allen Verbänden, dass das Sinn machen würde, weil man eben alle Beteiligten einbezieht und gemeinsam ein Konzept auf den Weg bringt, das dann auch umgesetzt wird, und vor allen Dingen, das auch einheitlich ist.

Einige menschliche Fähigkeiten wird man im kommenden Jahrzehnt dem Computer beibringen, aber nicht das logische Denken.

*Bill Gates*

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



## Die Europäische Union braucht China – und umgekehrt Wie Du mir – so ich Dir!

Von Walter Döring



Dr. Walter Döring  
Senate of Economy Europe

Seit 1975 bestehen diplomatische Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Volksrepublik China; beide arbeiten mittlerweile in nahezu 60 sektoralen Dialogen an einer Vielzahl unterschiedlicher Themen von beiderseitigem Interesse zusammen.

Die Volksrepublik China hat mit ca. 1,45 Milliarden Einwohnern mehr als dreimal so viele Einwohnerinnen und Einwohner wie die 27 Mitgliedstaaten der EU mit zusammengezählt ca. 450 Millionen. Damit machen die Chinesen über 19 Prozent, die EU-Europäer weniger als sechs Prozent der Weltbevölkerung aus. Deutschland, das bevölkerungsreichste Land innerhalb der EU, kommt mit ca. 83 Millionen Einwohnern auf einen Anteil an der Weltbevölkerung von etwas mehr als einem Prozent.

Beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf liegen die Unterschiede in „umgekehrter Richtung“ (noch) weit auseinander: China: 9.300 Euro, EU: 27.500 Euro und Deutschland: 41.500 Euro. Allen aber ist klar, dass China in den nächsten Jahren gewaltig aufholen und zur Weltwirtschaftsmacht Nummer 1 aufsteigen wird.

Der Weg dahin ist von Wettbewerb, Kooperationen sowie von der Einsicht geprägt, dass weder der Klimawandel noch die Pandemie von einem Staat oder einer Nation alleine erfolgreich bewältigt werden können: Eine sich auch aus dieser Einsicht ergebende zunehmende gegenseitige Abhängigkeit erfordert eine kontinuierlich engere Zusammenarbeit, um gemeinsamen Herausforderungen zu begegnen, beispielsweise der Gewährleistung eines nachhaltigen und integrativen Wachstums, der Stabilisierung der Finanzsysteme und der Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen einer jeweils alternden Bevölkerung. Aus diesem Grund arbeiten die Volksrepublik China und die EU in einer großen Anzahl von Lösungsansätzen in wirtschaftlichen und finanziellen Fragen zusammen. Beispiel: die Europäische Investitionsbank, EIB ([www.eib.org](http://www.eib.org)), und China.



Die EIB hat ihren Hauptsitz in Luxemburg und ist auch vor Ort in China vertreten. 2017 haben der Präsident der EIB, Werner Hoyer, und die Präsidenten der China Development Bank sowie der Asian Infrastructure Investment Bank in Peking Gespräche geführt und Vereinbarungen im Zusammenhang mit klimarelevanten Investitionen getroffen.

Zusätzlich zu den Finanzierungsaktivitäten hat die EIB auch eine langfristige und wechselseitige Partnerschaft mit China hinsichtlich ihrer Finanzierung aufgebaut. China ist nicht nur ein Investor in EIB-Anleihen, sondern die EIB hat auch mit dem China Green Finance Committee zusammengearbeitet, um eine gemeinsame Definition von Green-Projekten und Green-Bond-Standards zwischen Europa und China zu entwickeln. Die EIB ist weltweit das größte Förderinstitut und als solches auch an weiteren guten Kontakten zu China interessiert; umgekehrt besteht ein gleich großes Interesse.

Wie ernst sowohl die Volksrepublik China als auch die EU gemeinsam vereinbarte Zielsetzungen und Vorhaben nehmen, zeigen eindrucksvoll die seitherigen Entwicklungen: Die Handelsbeziehungen zwischen der EU und China haben sich über all die Jahre deutlich intensiviert. Zwar waren die Vereinigten Staaten 2019 noch der wichtigste Handelspartner der EU mit einem Anteil von 18 Prozent, während der Chinas bei 16 Prozent lag, aber: Während der Handel mit den Vereinigten Staaten im Vergleich zum Jahr 2000 deutlich zurückgegangen ist, hat sich der Anteil Chinas im gleichen Zeitraum von 5,5 Prozent auf stolze 15,8 Prozent nahezu verdreifacht! Bei den Importen in die EU lag China mit 20 Prozent deutlich vor den Vereinigten Staaten, die gerade mal noch auf 14 Prozent kamen.

Diese Entwicklung setzte sich ununterbrochen fort und führte zu einem Wechsel an der Spitze: Ergebnis: 2020 hat China die USA als wichtigsten Handelspartner der EU abgelöst. Eurostat (Europäisches Statistisches Amt) zufolge betrug das Handelsvolumen mit der Volksrepublik 586 Milliarden Euro im Jahr 2020. Bei den USA waren es 555 Milliarden. Die Exporte in die Volksrepublik erhöhten sich um 2,2 Prozent – die Importe um 5,6 Prozent.

Gleichzeitig ist das Übernahmevermögen der Chinesen in Europa stetig gewachsen: Von 9,4 Milliarden Dollar in 2010 auf mehr als 35 Milliarden in 2015 mit kontinuierlich steigender Tendenz bis Ende des Jahrzehnts.

Insgesamt sind die Europäische Union und die Volksrepublik China zwei der größten Handelspartner der Welt. China ist jetzt der wichtigste Handelspartner der EU, und umgekehrt ist auch die EU Chinas größter Handelspartner.

Völlig zu Recht mahnt Clemens Fuest, Chef des Ifo-Instituts (Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München): „Eine Isolierung Chinas wäre völlig falsch und würde vor allem für Europa großen Schaden anrichten. Wirtschaftlicher Austausch sorgt dafür, dass der Eine am Wohlergehen des Anderen Interesse hat.“

Dies unterstreicht die unbedingte Notwendigkeit guter bilateraler Beziehungen, die zuletzt auch durch Fortschritte bei vertraglichen Vereinbarungen erreicht worden sind: Ein wahrer handelspolitischer Meilenstein, geradezu ein Riesenerfolg ist hierzu nach sieben Jahren andauernden Verhandlungen zum Jahreswechsel 2020/2021 mit dem Investitionsabkommen zwischen der EU und China unter Federführung von Ratspräsidentin Bundeskanzlerin Angela Merkel gelungen.

*Europa benötigt den riesigen Markt China,  
China benötigt die europäische Umwelttechnologie;  
Fazit: Wir brauchen einander.*

Wie wichtig dieses Abkommen ist, verdeutlichen die folgenden Fakten:

- Es ist dies ein Abkommen, das den Marktzugang von Investoren und faire Wettbewerbsbedingungen für diese vor Ort regelt. Es geht also nicht nur um die Ein- und Ausfuhr von Gütern oder die Entsendung von Arbeitnehmern. Umso bemerkenswerter ist, dass das allgemein CAI (Comprehensive Agreement on Investment) abgekürzte Abkommen auch ein Nachhaltigkeitskapitel zu Umwelt- und Klimaschutz sowie Arbeitnehmerrechten enthält.
- Beim Marktzugang liegt der Erfolg der Verhandlungen nach Ansicht der EU-Kommission nicht alleine darin, dass Sektoren wie – wenn auch erst ab bestimmten Investitionssummen – der Bau von Hybrid- und Elektroautos, der Telekommunikation und Clouddiensten sowie Finanz- und Gesundheitsdienstleistungen stärker geöffnet werden. Krankenhausbetreiber etwa dürfen in Städten mit mehr als fünf Millionen Einwohnern künftig Kliniken alleine und ohne Joint-Venture-Partner betreiben.
- Die Deutsche Industrie und Handelskammer DIHK sprach von einem „Boommarkt ganz besonderen Ausmaßes“. Mindestens ebenso wichtig sei es, dass die schrittweise Öffnung des chinesischen Marktes zwischen 2001, dem Beitritt Chinas zur WTO, und dem Jahr 2020 mit CAI festgeschrieben werde und damit nicht mehr einseitig zurückgenommen werden könne. Der größte Fortschritt seien jedoch die neuen Regeln zur Herstellung fairer Wettbewerbsbedingungen, so die Meinung der EU-Kommission.
- Auch die Zusagen Chinas zum Klimaschutz und damit zu dem Pariser Klimaschutzabkommen sowie dem Arbeitsrecht und dem Verbot von Zwangsarbeit sind nach Einschätzung der EU-Kommission nicht zu unterschätzen.

Lassen wir doch die drei ranghöchsten Repräsentanten der EU-Kommission zu diesem Abkommen zu Wort kommen:

Zuerst EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen: „Dieses Abkommen ist ein enorm positiver Meilenstein für die Verbesserung unserer Beziehungen zu der zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt.“

Ihr Stellvertreter, Vizepräsident Frans Timmermans: „Ohne China werden wir die Welt nicht retten können.“

Und schließlich der zuständige Handelskommissar Valdis Dombrovskis: „China geht verbindliche Verpflichtungen in den Bereichen Umwelt, Klimawandel und Bekämpfung der Zwangsarbeit ein. Wir werden in enger Zusammenarbeit mit China sicherstellen, dass alle Verpflichtungen in vollem Umfang eingehalten werden.“

Ähnlich positiv äußerten sich auch chinesische Regierungsvertreter, die von einer Vereinbarung „zum beiderseitigen Vorteil“ sprachen; einfach deshalb, weil nicht nur die EU China braucht, sondern auch China die EU, damit bei beiden Partnern Wachstum und damit Wohlstand positive Perspektiven haben. Aus unserer Sicht kommt hinsichtlich der Anstrengungen um klimaneutrales Wirtschaften ein weiteres wesentliches Beispiel hinzu, auf das auch Sigmar Gabriel und Gerhard Schröder hingewiesen haben: China verantwortet rund 30 Prozent der weltweit ausgestoßenen CO<sub>2</sub>-Emissionen. Staatspräsident Xi Jinping hat das Ziel ausgegeben, bis 2060 klimaneutral zu werden. Ein ziemlich ambitioniertes Ziel, zu dessen Erreichung europäische Unternehmen mit ihren Technologien einen entscheidenden Beitrag leisten können: Europa benötigt den riesigen Markt China, China benötigt die europäischen Umwelttechnologien; Fazit: Wir brauchen einander.

# Die Antwort auf die Klimafrage steht auf Milliarden Blättern.



Beleafit



Wenn wir gemeinsam 1.000 Milliarden Bäume pflanzen,  
kühlen wir unsere Erde um bis zu 1° C ab. #Beleafit

Jetzt mitpflanzen! Unter [plant-for-the-planet.org](https://plant-for-the-planet.org)  
oder in der **Plant-for-the-Planet App**

In Partnerschaft mit dem



**SENAT DER  
WIRTSCHAFT**



Biden-Berater Dean Fealk

## Am Ohr des US-Präsidenten

Was Europa von der Biden-Administration erwarten kann

Von Michael Rolland

Dean Fealk ist geschäftsführender Partner der Kanzlei DLA Piper in San Francisco, Mitbegründer von Transatlantic West sowie des Halifax International Security Forums. Dean Fealk hat Regierungen und Politiker weltweit in Fragen von „Public Policy“ beraten, ebenso führende multinationale Unternehmen in rechtlichen, strategischen

sowie politischen und wirtschaftlichen Fragen. Fealk gehört dem kalifornischen Business Roundtable an. Zudem wurde er vom kalifornischen Gouverneur zum Mitglied des Workforce Development Board berufen und ist Mitglied im Senate of the Economy USA. Mit Dean Fealk sprach Michael Rolland.



Dean Fealk mit US-Vizepräsidentin Kamala Harris

**S**ie haben US-Präsident Biden im Wahlkampf beraten. Was für wichtigste Änderungen wünschen und erwarten Sie unter seiner Präsidentschaft?

Unter Präsident Biden und seiner Administration gibt es bereits viele Änderungen, sowohl was Stil als auch was Substanz angeht. Biden hat bereits während seines Wahlkampfes ein stärkeres Engagement in internationalen Angelegenheiten angekündigt, dass er wieder mit, nicht gegen unsere Partner und Verbündeten auf der ganzen Welt kooperieren werde. „Amerika ist zurück“, lautet Bidens Leitsatz. Ich denke, es gibt die Einsicht, dass „America First“ in vielerlei Hinsicht tatsächlich ein „America alone“ war. Innenpolitisch steht an erster Stelle auf der Agenda von Präsident Biden, wie wir mit Covid-19 umgehen: im Hinblick auf die föderale Koordination der Pandemie, die Beschleunigung der Impfkampagne, Verbesserungen zum Schutz der Gesundheit und den wirtschaftlichen Wiederaufschwung – einschließlich eines gewaltigen Konjunkturpakets.

**A** propos Konjunkturpaket. Der Kongress hat im März Bidens Corona-Hilfspaket in Höhe von 1,9 Billionen Dollar ohne die Stimmen der Republikaner verabschiedet. Kritiker sagen, dass dort viel zu viel Steuergeld ausgegeben wird. Wie ist Ihre Meinung dazu?

1,9 Billionen US-Dollar sind eine außergewöhnliche und beispiellos hohe Summe. Die jüngsten Erinnerungen und Erfahrungen nach der Finanzkrise und der Großen Rezession haben viele politische Entscheidungsträger gelehrt, dass es besser ist, mehr Geld auszugeben als zu wenig, um negative wirtschaftliche Konsequenzen zu vermeiden. Auch wenn die Corona-Hilfsmaßnahmen nicht parteiübergreifend beschlossen wurden, werden sie von der amerikanischen Bevölkerung stark unterstützt. Die langfristigen Kosten des Gesetzespakets sind deutlich geringer als sie es in einem historischen Umfeld mit höheren Zinssätzen wären. Die Ausgaben hierfür können – auf Dauer betrachtet – sogar Dividenden generieren, und damit im Ergebnis einen positiven wirtschaftlichen Nettogewinn erzielen. Das gilt für Bildungs-, Erziehungs-, Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen ebenso wie für Investitionen in Infrastrukturvorhaben: vom Bau neuer Straßen und Brücken bis hin zum Ausbau des 5G-Netzes. Zudem beinhaltet dieses Hilfspaket viele progressiv-liberale Maßnahmen, die bereits während der Vorwahlen und bei den allgemeinen Wahlen von den Demokraten thematisiert wurden. Ziel dieser Maßnahmen ist es, wachsende Armut und Ungleichheit zu verringern.



Dean Fealk mit dem ehemaligen US-Außenminister Colin Powell

*Kamala ist eine sehr strukturierte Führungspersönlichkeit.  
Eine ihrer Stärken ist ihre Leidenschaft.*

Das trifft etwa auf Menschen zu, die durch die digitale und technologische Revolution ihren Job verloren haben und unter den sich hieraus ergebenden sozialen Konflikten leiden. In diese Kategorie fällt auch die durch das Hilfspaket eingeführte erweiterte Steuerabschreibemöglichkeit für Kinder. Diese Maßnahme dient nicht unmittelbar der Pandemiebekämpfung; gleichwohl hat die Pandemie überproportional ärmere Menschen, Arbeiter und Farbige betroffen.

**S**ie kennen Vizepräsidentin Kamala Harris und haben mit ihr zusammengearbeitet. Was schätzen Sie besonders an ihr?

Kamala Harris ist eine anerkannte Persönlichkeit und politische Leitfigur in Kalifornien: Bezirksstaatsanwältin in San Francisco, Generalstaatsanwältin in Kalifornien, US-Senatorin und jetzt Vizepräsidentin. Sie ist sehr dynamisch und verkörpert die Stärke amerikanischer Vielfalt. Diejenigen von uns, die Gelegenheit hatten, mit ihr zu arbeiten, können bestätigen, dass sie authentisch ist. Diesen menschlichen Charakterzug findet man nicht immer in der Politik. Kamala ist eine sehr strukturierte Führungspersönlichkeit. Eine ihrer Stärken ist ihre Leidenschaft. Im übrigen ist sie kreativ und denkt „out of the box“. Während ihrer Zeit als Bezirks- und Generalstaatsanwältin erarbeitete sie innovative Lösungen für eine Strafrechtsreform. Wenn nötig, stellt sie den Status quo in Frage. Ihre Charakterisierung in den Medien als knallharte und starke Persönlichkeit trifft voll zu. Kamala Harris hat sich im rauen und wilden Gerangel der kalifornischen Politik durchgesetzt, nie eine Wahl verloren und wurde stets unterschätzt. Sie kümmert sich intensiv um Fragen der Gleichheit und Diversität. Einige haben versucht, sie als unbeherrschte und sehr progressive Person darzustellen. Für uns in Kalifornien ist sie eine pragmatische, kluge, besonnene und nachdenkliche Führungspersönlichkeit.



Der amtierende US-Gesundheitsminister Xavier Becerra neben Dean Fealk



Dean Fealk mit dem ehemaligen US-Verteidigungsminister Robert Gates

**N**ach dem Sturm auf das US-Kapitol in Washington DC am 6. Januar: Ist die Demokratie in den Vereinigten Staaten in Gefahr?

Die kurze Antwort lautet: Wir sollten das sehr ernst nehmen. Demokratie ist stets fragil. Der demagogische Geist der Sprache hat mit dem Angriff auf das amerikanische Kapitol zu einer schlimmen Kehrtwende geführt.

Amerikaner müssen aktiver, engagierter und stärker in unsere Demokratie eingebunden sein. Wir müssen der politischen Leitung klare Botschaften senden in Bezug auf unsere Werte und das, was wir von unseren Führungspersonlichkeiten erwarten. Wir können nicht akzeptieren und zulassen, dass Demagogen, außer Kontrolle geratene Populisten, den politischen Diskurs kontrollieren. Das kann sehr schnell unschön und gewalttätig werden, wie wir gesehen haben.

**L**ast but not least: Als Mitbegründer von *Transatlantic West* in Kalifornien, was ist Ihr Wunsch und Ihre Vision für die Zukunft der transatlantischen Beziehungen?

Ziel unserer Organisation *Transatlantic West* ist der Aufbau nachhaltiger und intensiver Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa. Wenn europäische Führungspersonlichkeiten in die USA kommen, ist für sie der Besuch von New York und Washington DC selbstverständlich.

Wir ermutigen sie, auch an die Westküste zu kommen und sich mit uns in Kalifornien über Themen von gegenseitigem Interesse auszutauschen – also „Transatlanticism“ durch die Brille von Erneuerung und Silicon Valley zu betrachten, bei vielfältigen Themen: von internationalem Handel, internationaler Sicherheit auch aus NATO-Sicht bis hin zu Technologie und Innovationen. Die künftigen transatlantischen Beziehungen müssen aktualisiert und neu definiert werden.

Neben Vertrauensaufbau müssen wir in die Zukunft schauen auf eine Art und Weise, die unsere gemeinsame Geschichte und Werte widerspiegelt. Es gibt so viele Innovationsherausforderungen und Möglichkeiten zusammenzuarbeiten. Ich freue mich schon darauf, möglichst bald nach der Pandemie Delegationen des Senats der Wirtschaft und anderer Führungspersonlichkeiten als Gastgeber zu empfangen.

Kultur vs. Inzidenz

# Wenn der Vorhang nicht mehr aufgeht

Kulturschaffende am Ende ihrer Kraft

Von Uly Köhler



**Mark Schüler**  
(Geschäftsführer GOP-Theater Bonn)

Im Land der Dichter und Denker steht seit einem Jahr der Kulturbetrieb nahezu still. Rund 35 Millionen Zuschauer aller Altersgruppen besuchen sonst jährlich die 350 staatlichen und privaten Theaterbühnen. Dazu kommen noch 150 Opern-, Sinfonie- und Kammerorchester und 80 Festivals. Diese Zahlen machen deutlich, dass die Bürger ihre Theater und Konzertstätten als unverzichtbare Bestandteile urbaner Lebensqualität begreifen. Uly Köhler wollte von Verantwortlichen und Kulturschaffenden wissen, welche Gedanken sie zu Beginn der Pandemie umtrieb, welche Hoffnungen sie hatten und welche Hilfen sie erhofften und bekamen.

Mein erster Gedanke war, hoffentlich machen wir bald wieder auf. Als nächsten Schritt haben wir uns darum gekümmert, unsere Künstler und unsere Mitarbeiter zu informieren. Dann mussten wir unsere Gäste informieren, denn schließlich waren ja einige Tausend Karten für die zukünftigen Vorstellungen verkauft. Und dann stellten sich die Fragen zur Programmplanung. Wir planen unsere Programme bis zu zwei Jahre im Voraus und nun stellte sich die Frage, können wir überhaupt seriös planen. Wir hatten natürlich Hoffnungen auf eine schnelle und vernünftige Lösung. Zu den in Aussicht gestellten finanziellen Hilfen muss ich leider Folgendes sagen: In Aussicht gestellt wurden ja die so genannten November- und Dezemberhilfen. Darüber hinaus wurde von Umsatzerstattungen gesprochen. Wir mussten aber leider erfahren, dass unsere GOP-Gruppe eine gewisse Größenordnung überschreitet und dadurch nicht wie versprochen Umsatz erstattet bekommt, sondern nur Teile vom Verlust. Bei einem Jahresumsatz von ca. 50 Millionen Euro kommen da sehr schnell Millionenbeträge als Verlust zusammen. Da hat man mit einer Million Förderung für die gesamte Gruppe keine Chance.



**Dimitrij Sacharow**

(Regisseur und Produzent Sandtheater Leipzig, Dresden, Berlin)

Ich habe den ersten Shutdown ziemlich philosophisch betrachtet. Wir hätten am 14. März im letzten Jahr unsere Weltpremiere von „Wagners Ring ohne Worte“ in Frankfurt/Oder gefeiert. Drei Tage zuvor hat mich der Intendant des Kleistforums angerufen und mir mitgeteilt, er glaube nicht, dass das mit der Premiere funktionieren wird. Meine Hoffnung, dass es schnell mit dem Theaterbetrieb weitergehen würde, war sehr groß. Viele Kollegen in verschiedenen Theatern hatten sehr schnell sehr wirksame und sinnvolle Hygienekonzepte entwickelt. Einzelne Gesundheitsämter haben auch hierzu sehr schnell Genehmigungen erteilt. Wenn beispielsweise von 550 Sitzplätzen 300 genutzt werden dürfen, dann kann ein Kulturbetrieb schon weiterlaufen.

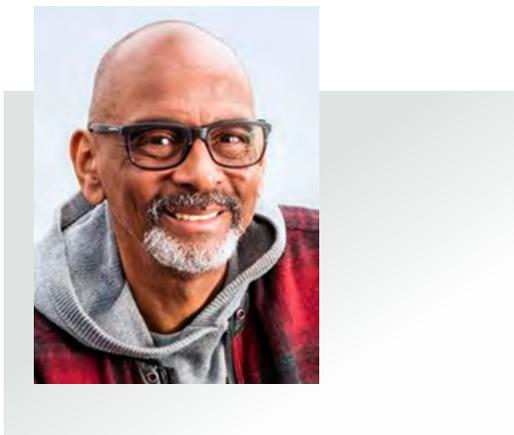
Aber leider geriet alles immer mehr ins Stocken, so dass wir uns am Ende entschlossen haben, sämtliche Vorstellungen zunächst abzusagen. Im nächsten Schritt habe ich die angebotenen Überbrückungskredite beantragt, die ich dann auch relativ problemlos erhalten habe. Ebenso habe ich die Soforthilfen beantragt und auch diese sehr schnell erhalten. Ich hatte immer gehofft, ohne Hilfe auskommen zu können. Aber wenn man nicht arbeiten kann und somit keine Umsätze macht, dann geht das nicht. Und so muss ich einfach feststellen, dass ich im Jahr 2020 über eine Million Umsatz verloren habe. Leider wurden in der Kommunikation große Fehler gemacht. Es wurde immer Hoffnung geschürt für die Unternehmer, dann wurden viele Versprechen wieder zurückgenommen und somit gab es immer wieder Enttäuschungen. Mit der Zeit resigniert man dann und glaubt gar nichts mehr.



**Tom Ernst**

(Geschäftsleitung Bar jeder Vernunft und Tipi am Kanzleramt Berlin)

Mein erster Gedanke, als wir schließen mussten, war: Das dauert nicht lange. Am Anfang ist das eine kleine Katastrophe, aber dann wird es doch wahrscheinlich wieder sehr schnell normal, dachte ich damals. Ich erinnere mich noch an die Gespräche, die wir als erstes mit unseren Mitarbeitern geführt hatten. Wir haben darüber aufgeklärt, was auf sie zukommen wird, wie das mit dem Kurzarbeitergeld ist, um das wir uns kümmern werden, und welche Hilfen wir anbieten können. Wir haben in erster Linie versucht, den Druck von den Mitarbeitern zu nehmen und ihnen Hoffnung zu machen. Gleichzeitig hat der Berliner Senat auch sehr schnell den Kulturbetrieben spezielle Hilfen angeboten. Es konnten entsprechende Anträge gestellt werden, die wurden auch schnell bearbeitet und so hatten wir die Hoffnung, es passiert etwas. Wir hatten das Gefühl, dass wir mit diesen angebotenen finanziellen Sicherheiten über die nächsten zwei bis drei Monate kommen werden. Was ich in diesen Tagen immer wieder vermisst habe, war eine klare und offene Informationspolitik. In Aussicht gestellte Dinge wurden wieder zurückgenommen, es wurde Hoffnung gemacht und kurz darauf gab es wieder Enttäuschungen.



**Pierre Sanoussi-Bliss**  
(Schauspieler, Filmregisseur und Drehbuchautor)

Mein erster Gedanke war wirklich, das ist richtig so. Und dann denkt man sich, die Hoffnung stirbt zuletzt. Es hätte ja auch sein können, dass das Ganze nur 14 Tage dauert. Da wo viele Menschen zusammenkommen und wir es mit einem Virus zu tun haben, der sich über die Luft verbreitet, da erscheint einem eine solche Schließung durchaus als vernünftige Maßnahme. Ich habe jedenfalls im März 2020 erst einmal alle Planungen auf Eis gelegt. Ich hatte zu diesem Zeitpunkt bereits Verträge für mehrere 10.000 Euro. Es gab Verträge für Hauptrollen an den Hamburger Kammerspielen, am Altonaer Theater und am kleinen Theater Berlin. Das allein waren schon 80 Vorstellungen, die ausgefallen sind. So etwas reißt dann eben ein riesiges finanzielles Loch und vor allem ... es macht auch etwas mit einem. Es ist auch schade, dass sich die Bühnen nicht solidarisch mit den Schauspielern zeigen. Verträge werden gekündigt und Kurzarbeitergeld für drei Wochen bezahlt. Das wiederum sorgt unter Umständen dafür, dass man andere Hilfen nicht in Anspruch nehmen kann. Hier wäre eine Regelung mit einem monatlichen Grundgehalt von z.B. 1500 Euro vielleicht eine gute Idee gewesen.



**Guido Herrmann**  
(Verwaltungsdirektor/Prokurist Friedrichstadt-Palast Berlin)

Als wir vor einem Jahr schließen mussten, haben wir relativ schnell versucht, für das ganze Haus eine Ordnung herzustellen. Es war so ein bisschen, wie wenn man einen Fisch an Land bringt. Der schnappt natürlich nach Luft und so fühlten sich dann auch viele von uns. Auf den ersten Gedanken folgt dann schnell der zweite. In erster Linie geht es darum, die wirtschaftliche Stabilität zu erhalten. Die Finanzhilfen, die uns angeboten wurden, haben wir natürlich in Anspruch genommen und wir haben auch schnell mit dem Betriebsrat eine Vereinbarung hinsichtlich der Kurzarbeit gefunden. Wir sind ein Unternehmen des Landes Berlin, aber mit einer eigenen Finanzierung von 80 Prozent. Wenn dem erfolgreichsten Theater in Deutschland plötzlich die Einnahmen wegbrechen, dann ist das ein wahnsinniger Brocken Geld. Unsere Einnahmen lagen täglich bei ca. 100.000 Euro. In den ersten sechs Wochen haben wir allein über 4 1/2 Millionen an bereits verkauften Tickets zurückgezahlt. Zu den finanziellen Sorgen und Nöten kommen dann auch immer noch die Zukunftsgedanken. Immer wieder taucht der Begriff „systemrelevant“ auf. Irgendwie hatte man das Gefühl, dass alles diesem Begriff angepasst werden soll. Selbst bei der Fußball-Bundesliga ging es dann irgendwie weiter. Hier hätte ich mir manchmal gewünscht, dass die Kultur nicht zuletzt kommt, sondern vielleicht für eine gesellschaftliche Debatte auch mal in einem kurzen Zeitfenster zuerst.

Wir müssen sagen, was wir denken, müssen tun, was wir sagen, und müssen sein, was wir tun.

*Alfred Herrhausen*

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



## *Ich hatte Vertrauen in die Regierung und ich hatte Vertrauen in die politisch Verantwortlichen*



**Oliver Heß**  
(Aktion „Künstlernetgeld“ Coburg)

Am 22. März 2020 endete mit dem ersten Lockdown das kulturelle Leben. Seither prägen Absagen und geschlossene Locations den Künstleralltag. Aber es gibt doch auch staatliche Hilfsprogramme? Haha! Wie mittlerweile jeder weiß, wurden die an der Realität vorbei gestrickt – es war höchste Zeit, sich auf eigene Möglichkeiten zu besinnen, sagt Oliver Heß. Mit seinem Partner Martin Droschke kam er auf die Idee, ein so genanntes Künstler-Not-Geld zu erfinden. Hiermit soll Künstlerkollegen aufkreative Weise in dieser Zeit ein wenig geholfen werden. Es ist aber auch eine besondere Form des kreativen Protests. Der Gedanke dahinter ist ganz simpel. Die Lizenz zum Gelddrucken könnten viele Künstlerinnen und Künstler gerade dringend gebrauchen. Hier liegt bereits der Ansatz. Grafikerinnen und Grafiker gestalten eigene Banknoten und verkaufen sie zum Kurs 1 zu 1. In der Größe eines realen Geldscheins erhält man zu einem bestimmten Eurobetrag ein kleines Kunstwerk und hilft damit der Kreativszene. Organisiert wird dies im Internet. Unter [www.kuennstlernetgeld.de](http://www.kuennstlernetgeld.de) gibt es inzwischen eine Auswahl von über 250 kreativ gestalteten „Künstler-Not-Geldscheinen“.



**Leslie Malton**  
(US-amerikanisch-deutsche Schauspielerin,  
Vorsitzende des Bundesverbandes Schauspiel BFFS)

Am Anfang sprachen ja viele davon, Corona sei etwas stärker als eine Grippe, andere meinten, das sei viel schlimmer. Im ersten Moment machte ich mir vor allem Gedanken um die Gesundheit der Kollegen. Man müsse wohl kurz innehalten, analysieren, diagnostizieren und dann schauen, wie es weitergeht. Ich hatte Vertrauen in die Regierung und ich hatte Vertrauen in die politisch Verantwortlichen. Ich habe gedacht, ja, es wird sich eine Lösung finden. Wir selbst vom Bundesverband (BFFS) haben dann zunächst für unsere Mitglieder eine Lösung gefunden. Wir haben gemeinsam mit der Gewerkschaft Verdi und der Produzenten-Allianz das Kurzarbeitergeld durchgebracht. Das war eine Riesenernungenschaft. Bis dahin hat es noch nie Kurzarbeitergeld für Schauspieler gegeben. Das war mehr als ein Etappensieg und wir wollen hoffen, dass dies zukünftig bestehen bleibt. Es gab teilweise Theater, wo ein komplettes Ensemble trotz Verträgen nicht bezahlt werden sollte. Unsere Justiziere haben sich daraufhin eingeschaltet und Gespräche geführt. Diese teils vehementen Auftritte haben gerichtliche Nachspiele verhindert.



### **Cornelia von Kerstenbrock**

(Dirigentin und musikalische Leiterin Immling Festival)

Im ersten Moment jagen einem eine ganze Menge Gedanken durch den Kopf. Und natürlich fragt man sich immer wieder, wie lange das wohl dauert. Und dann beginnt man zu warten von Woche zu Woche. Man verfolgt alle Meldungen aus der Politik und von den Virologen. Wir hätten letztes Jahr im Juni eigentlich unser Festival gestartet. Da wir nicht wussten, wann es grünes Licht gibt, fingen wir an, immer wieder neue Planungen aufzustellen. Zu diesem Zeitpunkt hatten wir etwa 8000 Tickets bereits verkauft und somit ungefähr 600.000 Euro eingenommen. Und die Vorbereitungen liefen weiter, wir hatten für jede Produktion ja auch bereits Geld ausgegeben. Da hat uns dann ein Zuschuss aus dem Ministerium für Kunst und Wissenschaft schon geholfen, ebenso später die Novemberhilfen. Besonders glücklich war ich über unsere großartigen Sponsoren. Da hieß es nur:

Immling muss erhalten bleiben und wir helfen euch und geben den Sponsorenzuschuss. Gerade Opern sind die teuerste Kunstform der Welt. Die kann man nicht finanzieren, wenn man nur ein Drittel Publikum zugelassen bekommt. Ich hoffe, dass nun schnell Wege und Lösungen gefunden werden, um sicher wieder vor Zuschauern spielen zu können. Das Festival Salzburg hat es im letzten Jahr vorgemacht, wie man es machen kann. Die Leute sind so glücklich, wenn sie mal wieder etwas live hören und nicht nur über das Internet erleben können. Welchen Stellenwert die Kultur in dieser Zeit hat, kann man vielleicht hieran erkennen. Wir versuchen gerade, für einige Musiker ein Visum für den Sommer zu bekommen. Das ist sehr schwierig. Für systemrelevante Menschen ginge das sehr leicht, aber für die Kultur sind da die Grenzen noch geschlossen.

# High-Tech-Spekulation auf Kosten von Umwelt und Rechtsstaatlichkeit – die Gier nach Bitcoins

Von Lars Jaeger

„Ein Gespenst geht um in der Welt – das Gespenst von falschen Versprechungen“, so würden Karl Marx und Friedrich Engels vielleicht heute ihr „Kommunistisches Manifest“ beginnen lassen und dabei auf ein so absurdes wie erschreckendes Phänomen des globalen Finanzkapitalismus verweisen: die Kryptowährung Bitcoin (und andere ihrer Art).

Intermediäre Einrichtungen wie Banken, Börsen, Notare sowie diverse staatliche Institutionen (z.B.

Zentralbanken, Steuerbehörden und Regulatoren) steuern einen großen Teil unseres Wirtschaftslebens. Mit ihnen verbunden ist eine zentrale Bedingung für reibungsloses wirtschaftliches Handeln: Vertrauen. Banken garantieren das eingezahlte Geld, ein Notar die Rechtssicherheit einer vertraglichen Vereinbarung, Notenbanken, dass die Papierscheine in unseren Händen in der Zukunft weiterhin einen Wert besitzen, d.h., mit einer „Banknote“ besitzt man einen

Lars Jaeger  
Physiker und Philosoph





Wertspeicher, der (zumeist) zuverlässig ist; staatliche Behörden sorgen dafür, dass die Regeln eingehalten werden. Sie alle sind „Agenten des Vertrauens“. Dass diese Agenten selbst in die Krise geraten können, zeigen die massiven Banken-, Finanz-, Wirtschafts- und staatlichen Krisen der vergangenen Jahre und Jahrzehnte, die von Hyperinflationen, Bankpleiten, Kreditkrisen bis hin zu dysfunktionalen Staaten (so genannte „failed states“) geführt haben.

Digitale Technologien versprechen hier neue Lösungsmodelle. Die größte Aufmerksamkeit erhält zur Zeit eine neue sich als transparent und dezentral erklärende Art und Weise, die zentrale Einheit des wirtschaftlichen Austauschs zu definieren, das Geld. Anstatt in einer staatlich regulierten Währung können wirtschaftliche Austauschprozesse auch in dezentral verwalteten Netzwerken stattfinden. Das ist die Kernidee der so genannten „Blockchain“-Technologie. Mit ihr lassen sich Zahlungen abwickeln, ohne dass es einer zentralen Bank oder Währung bedarf. Während beim gewöhnlichen (bargeldlosen) Zahlungsverkehr die Teilnehmer einer Bank oder einer ähnlichen vermittelnden Instanz (z.B. einer Kreditkartengesellschaft) vertrauen müssen, die die Sicherheit der Transaktion garantiert, ist dies bei Blockchains die Aufgabe der Gemeinschaft aller Beteiligten. Eine Zahlung wird bei Vorlegen der korrekten digitalen Schlüssel von der Mehrheit der Teilnehmer abgesegnet. Korrekturen am System sind nur möglich, wenn die Mehrheit der Beteiligten diesen zustimmt, was nach einer Weile aufgrund der wachsenden Teilnehmerzahl kaum mehr möglich ist. Die Blockchain-Technologie ersetzt also

Intermediäre wie Geld, Banken und Behörden durch die Gemeinschaft vieler Nutzer. Die Versprechen, die damit verbunden sind, sind nichts Geringeres als der Umsturz des traditionell intransparenten, korruptionsanfälligen und völlig überbewerteten Geschäftsmodells der Banken, mehr Demokratie in Unternehmen und im Staat, Fairness im globalen Handel, die Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit, bis hin zu einem Wohlstandsturbo-Booster für die Ärmsten der Welt.

Die Realität sieht leider ganz anders aus. Betrachten wir die vier Kriterien genauer, die Bitcoin für sich in Anspruch nimmt in seinem Bestreben, mit der Blockchain-Technologie die konventionellen Währungen abzulösen:

- **Akzeptanz und Skalierbarkeit als Zahlungssystem:** Von seriösen Unternehmen werden Bitcoins und andere Kryptowährungen kaum als Zahlungsmittel für Waren und Dienstleistungen verwendet. Ironischerweise weigern sich sogar einige Organisatoren von Krypto-Konferenzen, Bitcoins für ihre Teilnahmegebühren zu akzeptieren. Neben der enormen Volatilität in den Preisbewegungen, die die Gewinnmargen der Händler innerhalb weniger Stunden auslöschen können, liegt dies auch an dem technisch noch sehr beschränkten Transaktionsvolumen. Mit Bitcoin lassen sich heute weniger als fünf Transaktionen pro Sekunde durchführen. Zum Vergleich: Das Visa-Netzwerk alleine kann mehr als 400-mal so viele Transaktionen verarbeiten (ca. 2000 pro Sekunde, Visa selbst spricht sogar von 65.000 pro Sekunde!).

## *High-Tech-Computer der Bitcoin-Miner verbrauchen schon sehr bald mehr Strom als ganz Holland*

- **Sicherheit:** Die Preisvolatilität von Bitcoin übersteigt die sämtlicher anderer Anlagen. Das liegt auch daran, dass Kryptowährung weit stärker Betrügereien und anderen gesetzlosen Aktivitäten ausgesetzt ist. Berichte über Kursmanipulation wie Front-Running an Börsen sind weit verbreitet. Und Kryptowährungen schaffen paradiesische Zustände für Verbrechen allerlei Art: Geldwäsche, Lösegelderpressung seitens Hackern, Veruntreuung, Waffenhandel im sogenannten Darknet, Terrorismusfinanzierung usw. Die organisierte Kriminalität jubelt. Aber auch für Private gibt es kaum Sicherheit: Wenn eine Kreditkarte oder Bankkonto gehackt oder gestohlen wird, ist man abgesichert, und zwar von vertrauenswürdigen Institutionen. Wenn dagegen der private Schlüssel eines Kryptowährungsdepots gestohlen wird oder verloren geht, ist das Vermögen für immer weg. Dazu kommt, dass 99 Prozent des Bitcoin-Handels auf zentralisierten Börsen stattfindet, die verhältnismäßig leicht gehackt werden können, wie die Vergangenheit zeigte.
- **Wertaufbewahrungsmittel:** Die meisten Vermögenswerte (Aktien, Anleihen, Immobilien) kommen mit einem Einkommensstrom oder haben eine konkrete Verwendbarkeit (z.B. Wohnraum) oder einen anderen Nutzen wie Liquidität und flexibles Zahlungsmittel im Fall von normalen Währungen, woraus sie ihren Wert erhalten. Eine Ausnahme ist Gold, das kein Einkommen hat (jedoch einen, wenn auch eher geringen industriellen Nutzen), dafür aber einen über Jahrtausende etablierten Nutzen als Mittel der Wertaufbewahrung. Der fundamentale Wert von Bitcoin ist dagegen gleich null. Berücksichtigt man die immensen Energien, die es braucht, um diese „Währung“ aufrechtzuerhalten, so ist sein Wert negativ, denn nach den Regeln der ökonomischen Konsistenz müssten wir (und werden wohl auch bald) auf seine massiv energieverschlingende Produktion eine ordentliche Kohlenstoffsteuer ansetzen.
- **Dezentralität:** Unterdessen kontrolliert eine kleine Anzahl von „Walen“ beim Handel einen Großteil des Bitcoin-Wertes. Das gilt auch für andere Kryptowährungen, wo zudem die ursprünglichen Programmierer von Kryptowährungen oft eine übergroße Kontrolle über ihre Schöpfungen behalten. So kommt es immer wieder vor, dass sie Transaktionen rückgängig machen, die eigentlich unveränderbar sein sollten. Der Großteil des Bitcoin-Minings wird heute von oligopolistischen Minern kontrolliert. Viele davon befinden sich außerhalb der Reichweite westlicher Strafverfolgungsbehörden in autokratischen und korrupten Ländern wie China, Russland und Weißrussland.

Es ist kein politischer Idealismus oder die Aussicht auf eine gerechtere Gesellschaft, was den momentanen Hype um Bitcoin antreibt und seinen Wert auf immer absurdere Höhen bringt. Vielmehr ist es der gleiche Ausruf, der in demselben Jahr, in dem Marx und Engels das Kommen des Kommunismus ankündigten, aus San Francisco erscholl: „Gold! Gold! Gold from the American River!“. Wer kann schon ignorieren, dass hier schnell mal Millionen geschneit werden können? Nur dass man heute nicht mehr beschwerliche Tausende von Kilometern reisen muss, um das neue Gold zu „schürfen“, sondern nur ins Internet zu gehen braucht.



# Gut Steinbach

Hotel & Chalets



**AUSGEZEICHNET.**

MIT DEM GRÜNEN STERN VOM GUIDE MICHELIN

Die Berge  
vor der  
Zimmertür



RELAIS &  
CHÂTEAUX

Relais & Châteaux Gut Steinbach Hotel und Chalets  
Steinbachweg 10 · D-83242 Reit im Winkl  
Telefon +49 86 40 807-0 · Fax +49 86 40 807-100  
info@gutsteinbach.de · www.gutsteinbach.de



Leider kommt dieser neue Goldrausch mit immensen ökologischen Kosten. Für das Mining von Bitcoins, das für dessen zugrundeliegende Blockchain-Infrastruktur notwendig ist, wird enorm viel Rechenleistung benötigt, und damit Strom. Von Oktober 2020 bis Februar 2021 hat sich der Strombedarf für die Kryptowährung nahezu verdoppelt. Die High-Tech-Computer der Bitcoin-Miner verbrauchen schon sehr bald mehr Strom als ganz Holland, Tendenz stark steigend. 65 Prozent der Mining-Aktivitäten finden heute in China statt, denn dort ist der Preis für Strom besonders niedrig – und kommt hauptsächlich aus Kohlekraftwerken. Der renommierte Computer-Sicherheitsexperte Felix von Leitner bezeichnet Bitcoin daher als „organisierte Umweltverschmutzung“. Es wird Zeit, dass dieser Absurdität ein Ende bereitet wird.

Lars Jaeger hat Physik, Mathematik, Philosophie und Geschichte studiert und mehrere Jahre in der Quantenphysik sowie Chaostheorie geforscht. Er lebt in der Nähe von Zürich, wo er zwei eigene Unternehmen aufgebaut hat, die institutionelle Finanzanleger beraten, und zugleich regelmäßige Blogs zum Thema Wissenschaft und Zeitgeschehen unterhält. Überdies unterrichtet er unter anderem an der European Business School im Rheingau. Die Begeisterung für die Naturwissenschaften und die Philosophie hat ihn nie losgelassen. Sein Denken und Schreiben kreist immer wieder um die Einflüsse der Naturwissenschaften auf unser Denken und Leben. Sein neuestes Buch „Sternstunden der Wissenschaft“ ist im Südverlag erschienen.

Zusammenkunft ist ein Anfang. Zusammenhalt ist ein Fortschritt. Zusammenarbeit ist der Erfolg.

*Henry Ford*

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



## Erste digitale Bundesversammlung mit Wahlen

In den neuen Räumlichkeiten des Senats der Wirtschaft in Bonn fand am 19. Februar pandemiebedingt die erste rein digitale Mitgliederversammlung mit Wahlen von Vorstand und Präsident statt. Dazu hatte das Senatsteam vorab in Rücksprache mit den zuständigen Gerichten ein Verfahren gefunden, um die Wahlen rechtssicher online abzuhalten.

Dem Infektionsschutz war im Vorfeld auf verschiedene Weise höchste Bedeutung eingeräumt worden. Alle Teilnehmer unterzogen sich vor Ort einem professionellen Schnelltest und ließen ihre Temperatur scannen. Nichtsdestotrotz wurde auf die bekannten AHA-Regeln geachtet und darüber hinaus auch der Wahlort desinfiziert.

Im Konferenzraum waren Kameras und Rednerpulte mit Hygieneschutz aufgebaut worden, um eine optimale Wiedergabe des Verfahrens bieten zu können. Die Wahlen an sich verliefen dann ohne Probleme.

Als neuer Vorstandsvorsitzender wurde Norbert Streveld gewählt. Dr. Christoph Brüssel wurde als Vorstand

bestätigt. Er ist zugleich Vorstandsvorsitzender der Stiftung Senat der Wirtschaft. Beide wurden nahezu einstimmig gewählt. Neuer Präsident des Senats der Wirtschaft Deutschland ist Prof. Burkhard Schwenker. Senatsmitbegründer und bisheriger Vorstandsvorsitzender Dieter Härthe sowie Präsident Prof. Franz Josef Radermacher traten nicht mehr für ihre Funktionen an und wurden mit überwältigender Mehrheit zum Ehrenvorsitzenden bzw. zum Ehrenpräsidenten gewählt. Dieter Härthe bleibt der Senatsfamilie zudem als Vorstandsvorsitzender des Senate of Economy International erhalten.

Norbert Streveld wurde zudem im Anschluss an die Mitgliederversammlung vom Stiftungsrat in den Vorstand der Stiftung berufen. Dieter Härthe bleibt Mitglied des Vorstands der Stiftung, Dr. Christoph Brüssel ist Vorsitzender. Prof. Franz Josef Radermacher wirkt weiter als Vizepräsident im Präsidium des Senats e.V.





MARIE-CHRISTINE OSTERMANN, CÉLINE FLORES WILLERS,  
MIRIAM WOHLFARTH, DANIEL KRAUSS, ANDREAS RICKERT  
UND HAUKE SCHWIEZER Hg.

# ZUKUNFTS REPUBLIK

80 VORAUSDENKER\*INNEN  
SPRINGEN IN DAS JAHR 2030

**campus**

Buchtipp

## „Zukunftsrepublik“ – 80 Vorausdenkerinnen und Vorausdenker springen ins Jahr 2030

Wie sieht Deutschland im Jahr 2030 aus?

Gemeinsam mit fünf Herausgeberinnen und Herausgebern und 74 Autorinnen und Autoren zeichnet Dr. Andreas Rickert sein ganz persönliches Bild von Deutschland im Jahr 2030. Für ihn steht fest: Im Jahr 2030 ist Deutschland Weltmeister für soziale Innovationen. Kein anderes Land der Welt vereint eine so hohe technologische Innovationskraft mit den Werten einer pluralen, wertebasierten und starken Gesellschaft wie Deutschland. Eine neue Generation an Impact-Akteurinnen und -Akteuren geht angesichts der gesellschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen unserer Zeit konsequent neue Wege und macht Deutschland zu einem Hotspot für soziale Innovationen.

In sechs Kapiteln entwickeln auch die anderen Autorinnen und Autoren innovative und kluge Ideen, wie aus der Stillstands- eine Zukunftsrepublik werden kann. Das Land, so stellen sie gemeinsam fest, hat eine Zukunft, aber sie muss gestaltet werden. Die Beiträge kommen aus den Bereichen Wirtschaft, Gesellschaft, Bildung, Politik, Forschung/Gesundheit und sind so vielfältig wie die Autorinnen und Autoren selbst. Neue messbare Skills für Managerinnen und Manager etwa gehören für Mohanna Azarmandi ebenso dazu wie das lebenslange Lernen. Hauke Schwiezer ist überzeugt, dass wir in Sachen Bildung mit einer Universität Neuschwanstein, die aus einem Stiftungsvermögen finanzierbar ist, und Praxiswochen bereits für Grundschüler viel mehr bewegen können als mit der bloßen Digitalisierung. Marie-Christine Ostermann will bei der EU aufräumen und so dafür sorgen, dass verkrustete Strukturen aufgebrochen, Entscheidungen schneller getroffen werden und das ganze Parlament schlanker und beweglicher wird. Maja Göpel setzt auf ein konsequentes Update des 21. Jahrhunderts und sieht die Ökonomie im Zeichen der Nachhaltigkeit. Raoul Roßmann will die Monopole von Amazon & Co. knacken und so für eine friedliche Koexistenz von stationärem und digitalem Handel sorgen.



Anna Herrhausen wirbt für eine Weiterentwicklung unseres politischen Systems mit mehr Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürgern. Bart De Witte erläutert, dass Gesundheitsdaten uns selber gehören sollten und wie wir damit das Gesundheitssystem revolutionieren können. Und Prof. Silke Rickert hat eine sehr anregende Reflexion zur Bedeutung von Kindern in unserer Gesellschaft geschrieben.

Um ein Land zukunftsfähig zu machen, braucht es vor allem kreative und engagierte Menschen, die über das Morgen hinausdenken. Den 80 Autorinnen und Autoren ist es gelungen, ein Feuerwerk an Zukunftsvisionen zu zünden, das Zuversicht und Lust auf das Jahr 2030 macht. Das Buch kam unmittelbar nach seinem Erscheinen in die Spiegel-Bestsellerliste.

Zukunftsrepublik  
ISBN: 978-3-593-51386-7  
Campus Verlag  
24,95 Euro

*Dr. Andreas Rickert: „Meine Zukunftsrepublik Deutschland ist Weltmeister für soziale Innovationen. Das ist bis zum Jahr 2030 zu schaffen, wir haben beste Voraussetzungen dafür. Mit unserem Buch wollen wir Zuversicht geben und das mit sehr konkreten und machbaren Ideen.“*

Nachhaltigkeit in energieintensiven Unternehmen

## Die Eisengießerei mit dem Bienenvolk

Max Jankowsky will Eisen und Umwelt unter einen Hut bringen

Von Marc Härthe



Wer an eine Eisengießerei denkt, hat meist viele Bilder im Kopf: flüssiges Metall, sprühende Funken, Angestellte in feuerfesten Anzügen. Und richtig: Das gehört auch zu einer Gießerei. Max Jankowsky, Geschäftsführer der Gießerei Löbnitz im Erzgebirge, fügt seiner Gießerei allerdings ein paar neue Bilder hinzu, die bisher überhaupt nicht in diesen Rahmen passten: summende Bienen, blühende Bäume zum Beispiel. Dafür ist er zu Sachsens Unternehmer des Jahres nominiert worden und seit Neuestem auch Mitglied im Energie- und Umweltausschuss der DIHK Berlin.



**H**err Jankowsky, wie bekommt man diese gegensätzlichen Bilder: Metallverarbeitung auf der einen, Umwelt-, Klimaschutz und Nachhaltigkeit auf der anderen Seite unter einen Hut?

Dafür muss zunächst ein Bewusstsein geschaffen werden: dass es bei den Themen Energiewende und E-Mobilität auch zwangsläufig Gusseisen braucht. Jedes Auto, jedes Windrad und jedes alternative Kraftwerk braucht Gussteile. Sie sind also wichtiger Bestandteil, um energetischen Wandel und Klimaschutz umzusetzen. Schauen Sie sich den Audi e-tron an. Der braucht 7000 Tonnen Gussteile, bis der auf der Straße steht. Nach diesen 7000 Tonnen Guss kommt in der CO<sub>2</sub>-Bilanz dieses Fahrzeugs mal abgesehen von der Batterie und dem jeweiligen Antrieb nicht mehr viel. Deswegen sind wir in der Wertschöpfungskette diejenigen, an denen maßgeblich der Erfolg der deutschen Klimapolitik hängt.

**T**rotzdem steht ein metallverarbeitender Betrieb ja erst mal nicht im Verdacht, besonders umweltfreundlich zu sein oder großen Wert auf Nachhaltigkeit zu legen.

Die Gießereibranche ist an sich immer schon sehr nachhaltig aufgestellt, weil wir ja eine super Recyclingwirtschaft machen. Wir machen ja aus Schrott neue Porsche, Lamborghinis und Rolls Royce. Das muss man verstehen. Wir sind in der ganzen Branche eigentlich recht innovativ – gerade im Bereich Prozesswärmetechnik –, bei neuen Techniken energieeffizienter zu gießen und zu produzieren. Darüber hat aber in den letzten Jahren niemand so richtig gesprochen, weil alle so ein bisschen die Angst hatten, schlafende Hunde zu wecken, weil Gießereien eben nicht als klimafreundlich angesehen werden. Aber es ist ein wichtiges Glied in der Wertschöpfungskette.

Von daher ist es wichtig zu zeigen, dass wir das wollen und dass wir innovativ sind. Dass wir bereit sind, den Wandel anzupacken. Wir haben das Thema schon lange auf dem Tisch und versuchen auch schon länger, CO<sub>2</sub>-effizienter zu arbeiten. Da haben wir schon viel geschafft. Das Motto „Tue Gutes und rede darüber“ ist auch meine Intention, um zu zeigen, dass gerade auch die deutsche Gießereiindustrie bereit ist für den Wandel – auch in der Klimapolitik.

**S**ie sind mit der Gießerei groß geworden. Mussten Sie Umwelt- und Klimaschutz und Nachhaltigkeit erst lernen oder war das von Anfang an in den Genen?

Das war durchaus ein Lernprozess. Auch durch mein Engagement im Senat der Wirtschaft habe ich viel gelernt – besonders durch den Senatskollegen und Nachhaltigkeitsexperten Peter Frieß und „Fokus Zukunft“. Das hat uns quasi auf das nächste Level gebracht. Wir hatten ein Grundverständnis für Nachhaltigkeit – gerade hier im Erzgebirge durch den Bergbau, wo man schon lange nachhaltig wirtschaftet und weiß, dass man nur so viel Holz aus dem Wald nehmen darf, wie auch wieder nachwächst. Das ist für Unternehmen, die viel mit Rohstoffen arbeiten, immer ein wichtiges Thema.

Mir wurden diese Werte durch Peter Frieß und die Senatsgemeinschaft weitergegeben. Dadurch bin ich gewachsen und habe dann auch den Rest verstanden, was noch fehlt, um z.B. auch die Klimaneutralität zu erreichen und das entsprechende Bewusstsein dafür bei den Mitarbeitern zu schaffen.



**H**aben Sie das schon geschafft? Das Bewusstsein für Nachhaltigkeit, Umwelt- und Klimaschutz bei Mitarbeitern und Kunden zu wecken?

Auf alle Fälle. Ich bin ganz dankbar auch für die Presseberichterstattung im Zuge meiner Nominierung zum Unternehmer des Jahres im Freistaat Sachsen. Die hat es bis in die Geschäftsleitung des Volkswagenkonzerns geschafft. Die haben dadurch gesehen: „Mensch – unsere Zulieferer sind genauso innovativ wie wir – die haben auch selbst Ideen, wie man die Vorgaben des Pariser Klimaschutzabkommens umsetzen kann.“ Und das Bewusstsein der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter habe ich geschaffen, in dem ich versucht habe, das Thema greifbar zu machen. Zum Beispiel mit einem Bienenvolk. Da laufen unsere Angestellten jeden Tag dran vorbei und im Winter haben sie dann auch ein schönes Glas Honig im Weihnachtsgeschenk.

**S**ind weitere Schritte im Bereich Natur- und Klimaschutz bzw. Nachhaltigkeit geplant?

Natürlich wird es weitere Schritte geben. Wir haben dieses Jahr auf zertifizierten Ökostrom umgestellt, wollen aber noch mehr in diese Richtung unternehmen. Prozesse optimieren gerade im Koksbereich. Da denken wir über neue Technologien nach. Auch machen wir uns Gedanken über die Nutzungsmöglichkeiten von Schlacke (Abfallprodukt des Gießprozesses). Da kann man schon noch mehr investieren. Aber man darf nicht vergessen: Forschung in diesem Bereich ist auch sehr kostenintensiv. Gerade unsere Branche ist

so klein, dass nicht in dem Maße Forschungsgelder zur Verfügung stehen wie in anderen Bereichen. Da dauern die Prozesse eben auch länger. Daher mein Appell: Wir als energieintensiver Mittelstand brauchen unsere Zeit, um zu reagieren. Wir müssen Digitalisierung und Klimaneutralität stemmen – aber bevor ich eine Wasserstoffleitung im Erzgebirge verlege für ein entsprechendes Wasserstoffschmelzaggregat, brauche ich hier erst mal eine stabile Datenleitung. Diese infrastrukturellen Probleme werden bei Entscheidern in städtischen Gebieten oft vergessen.

**S**keptiker sagen oft, Nachhaltigkeit, Umwelt- und Klimaschutz sind ja gut und schön, passen aber oft nicht mit der Bilanz – also den finanziellen Möglichkeiten eines Unternehmens – zusammen. Wie sehen Sie das?

Das ist ein klares Thema. Es bleibt ja immer auch der Punkt der Wettbewerbsfähigkeit. Wir sind im Weltmarktpreissegment und müssen uns mit Firmen in der Türkei, Spanien oder Italien vergleichen. Und da geht's noch nicht mal um China. Die werden nämlich auch immer umweltfreundlicher. Unser größtes Problem ist Europa selbst. Europa ist schwach momentan. Die EU gründet sich auf der Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Das sind jetzt die größten Streitpunkte. Wir sind in Sachen Klima- und Energiepolitik nicht auf einem gemeinsamen Weg. Wir brauchen ein stabiles europäisches Fundament, damit wir eine Gleichberechtigung im europäischen Markt schaffen können. Wir müssen uns in Europa einig sein, damit wir auf dem Weltmarkt auch ein ernstzunehmender Partner sind.



**Z**um Schluss: Was wünschen Sie sich, wie soll es mit der Nachhaltigkeit und dem Klimaschutz in Sachsen weitergehen?

Mein größter Wunsch ist, dass die Politik mehr den Dialog mit den mittelständischen Unternehmen sucht, die die politischen Entscheidungen und Gesetze zum Klimaschutz tragen müssen. Die Kosten bleiben nämlich meist bei den energieintensiven Mittelständlern hängen und werden nicht von Automobilkonzernen bezahlt. Die Mittelständler bekommen dann Probleme, diese Kosten weiterzugeben. Das bezahlt ja keiner. Gerade im Automobilssektor sollten wir dahin kommen, dass alle Komponenten für ein Fahrzeug aus Deutschland auch selbst im Land produziert werden. Das müsste dann auch der Endkunde mittragen. Wenn ich ein Auto aus Deutschland haben will, muss ich auch entsprechend mehr bezahlen, für das Klima und die Energiepolitik, eben weil ich zu den Werten von Deutschland und Europa stehe. Diese „deutschen“ Werte müssen wir aber erst noch auf die europäische Ebene bringen.

*Herr Jankowsky – vielen Dank!*

# Ungewisse Zukunft, klare Orientierung: „Führung ist in dieser Zeit ein hohes Gut“

Spitze des Senats der Wirtschaft mit klaren Akzenten –  
Präsident Burkhard Schwenker und Vorsitzender Norbert Streveld im Gespräch



Von Ewald König

Die Mitgliederversammlung des Senats der Wirtschaft Deutschland hat die Weichen für die Zukunft gestellt. Die gemeinwohlorientierte Vereinigung von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Wissenschaft wählte den langjährigen CEO von Roland Berger, Prof. Burkhard Schwenker zum Präsidenten. Norbert Streveld, Ingenieur und Unternehmer, wurde zum Vorstandsvorsitzenden des Senats der Wirtschaft gewählt. Dr. Christoph Brüssel wurde als weiterer Vorstand wiedergewählt, er ist zugleich Vorstandsvorsitzender der Stiftung Senat der Wirtschaft. Ewald König im Gespräch mit den beiden Neugewählten.

**H**err Professor Schwenker, haben die Bücher, die Sie mit Ihrer Roland-Berger-Erfahrung über Führung geschrieben haben, auch zu Coronazeiten noch Gültigkeit?

Es sind vor allem Bücher über Ungewissheit, insofern bin ich ein Coronagewinnler. Denn vor Corona war es ein intellektuelles Konstrukt, aber dank Corona ist allen klar geworden, wie schwer es wirklich ist, die Zukunft vorherzusehen. Dazu braucht es eine klare Orientierung, klare Szenarien, eine klare Meinung, einen Diskurs mit unterschiedlichen Positionen. Gute Führung ist ein hohes Gut. Alle unsere Mitglieder haben gezeigt, dass sie in wenigen Monaten großartig mit der Situation umgehen können.

Auf der anderen Seite macht mich das Staatsversagen fassungslos, ob Impfstoffbeschaffung oder Impfstrategien, Digitalisierung in den Gesundheitsämtern oder Schulen. Ich finde es erstaunlich, dass die Leistung unserer Unternehmensführungen von Politik und Gesellschaft kaum gewürdigt werden.

**W**ie kann man mit den Ungewissheiten umgehen?

Ungewissheit wird es immer wieder geben, man muss sich darauf vorbereiten. Man braucht Alternativen, um schnell reagieren zu können. Corona ist ein Brennglas. Wer auf ganz wenige Lieferanten setzt, um Mengenvorteile zu haben, oder im Ausland produziert, kann ein logistisches Problem bekommen, wenn die Logistikkette nicht mehr greift. Diese Erfahrungen haben uns alle weitergebracht. Wir müssen breiter aufgestellt sein.

**W**ie?

Wir brauchen einen Überschuss an Menschen, an Kapital, an guten Ideen, wie man mit ungewissen Situationen umgeht.

Das bedeutet, dass dieser Management-Mainstream, der stets Fokussierung verlangt, vermutlich ausgedient hat. Das funktioniert nicht mehr. Wer breiter aufgestellt ist und mehr vorgehalten hat, als er im Augenblick braucht, steht besser da.

**W**o nimmt man die klare Orientierung her?

Die Orientierung ist zweigeteilt. Jeder von uns ist als Führungskraft auf der Suche danach. Aber genauso brauchen die Menschen in den Unternehmen Orientierung von ihren Führungskräften. Die Form von Orientierung, die wir brauchen, ist die Voraussetzung dafür, Szenarien, Zukunftsbilder zu entwickeln. Als Führungskraft bin ich gefordert, ein Bild zu entwerfen, das ich den Mitarbeitern präsentieren kann. Daraus entsteht der unternehmerische Impuls, den ich brauche, um meine eigene Zukunft zu schaffen. Den bekomme ich auch von den Formaten, die der Senat der Wirtschaft anbietet, wo Menschen diskutieren und sich eine Meinung bilden. Das ist entscheidend! Denn man soll nicht immer dem folgen, was im Aufsichtsrat als herrschende Meinung gilt, sondern bereit sein zu sagen: Ich weiß es nicht, es kann auch anders sein, aber wenn ich recht habe, entsteht daraus ein ganz neues Zukunftsbild. Für Führung ist das eine extrem hohe Herausforderung.



**H**at Corona andere Themen wie Klimawandel oder Nachhaltigkeit verdrängt?

Im ersten Lockdown hatte ich auch diese Sorge. Aber diese Themen wurden nicht verdrängt, nur medial überlagert. Fast alle Unternehmen arbeiten daran weiter. Ein Stück weit ist die Aufregtheit raus, aber die Themen sind nicht von der Agenda gefallen.

**A**uch geopolitische Fragen kommen wohl etwas zu kurz?

Ja. Wir sind in der EU dringend gefordert, unsere Position zu China neu zu definieren und zu Fragen wie dem Ukraine-Konflikt.

**D**ie Europäische Union gibt derzeit eine schwache Nummer ab. Wie sehen Sie das als Transatlantiker?

Ganz unabhängig von der transatlantischen Dimension: Als Europäer bin ich enttäuscht. Ich bin Zeit meines Lebens ein überzeugter Europäer. Ich möchte fast sagen: gewesen. Deutschland oder Frankreich haben keine weltpolitische Dimension, aber ein Kontinent mit 450 Millionen Einwohnern spielt eine geopolitische, wirtschafts- und nicht zuletzt gesellschaftspolitische Rolle. Unsere große Chance liegt in einem starken Europa, wenn es schon kein vereinigtes Europa ist. In vielen Reden in vielen Ländern habe ich versucht, Begeisterung für Europa zu wecken. Aber im Augenblick überwiegt Frustration.

Ich meine gar nicht die Impfstoffbeschaffung. Europa funktioniert so nicht. Die vielbeschworene Suche nach neuen europäischen Narrativen ist zwar intellektuell herausfordernd, aber falsch. Die bringt uns nicht weiter. Was wir brauchen, sind zwei Dinge: Es muss noch einmal gelingen, eine Begeisterung für Europa zu erzeugen, wo alle erkennen, hier liegt unsere Zukunft. Wirklich notwendig sind vor allem handwerkliche Dinge wie die schon lang ausstehende weitere Reform des Binnenmarktes.

Das zweite naheliegende Thema ist eine europäische Verteidigungspolitik. Ist Europa in der Lage, für seine Verteidigung zu sorgen, auch mit einer industriepolitischen Komponente, also mit Waffen und Technik? Für mich ist Verteidigung ein hohes europäisches Gut, bis hin zur Frage, ob es gelingen kann, eine europäische Armee zu haben.

Die Europa-Begeisterung ist im Augenblick nahe null. Wenn es schon mir als überzeugtem Europäer so geht! Man muss ganz klar sagen: Die EU ist zurückgefallen.

**W**as verband Sie mit dem Senat der Wirtschaft?

Ich wusste, dass es ihn gibt, aber ich kannte ihn kaum. Was mich überzeugt hat, ist die dreiteilige Mission: eine sozioökonomische nachhaltige Marktwirtschaft, ein ethisches Verhalten und ein gutes Bild der Unternehmen insgesamt.

Das ist überzeugend, denn alle drei haben eng miteinander zu tun. Unsere Themen sollten stärker bekannt werden. Daran könnten wir arbeiten.

*Je mehr sich die persönlichen Kontakte verringert haben,  
desto mehr ist Empathie erforderlich*

**N**orbert Streveld, als neu gewählter Vorstandsvorsitzender des Senats der Wirtschaft, wie schätzen Sie Veränderungen für Unternehmen durch Corona ein?

Das mag Sie überraschen: Grundsätzlich ändert sich, abgesehen von den bestehenden wirtschaftlichen Auswirkungen, eigentlich nicht viel. Warum? Vieles beschleunigt sich eher. Seit einem Jahr ist Corona ein Beschleuniger. Beschleuniger eines Pfades, der schon seit vielen Jahren vorhanden ist.

Die Entwicklung zu einer Unternehmenskultur mit viel Empathie und partizipativer Führung hat sich durch Corona verstärkt. Je mehr sich die direkten persönlichen Kontakte verringerten, desto mehr ist Empathie erforderlich. Gefragt sind Vertrauen sowie Freiheit und eine Lösungs- und Ergebnisorientierung anstelle einer Anwesenheitszeit-Orientierung. Das klassische direkte Kontrollieren ist hier nicht mehr möglich. Gerade das erwarten junge Menschen von ihren neuen Arbeitgebern. Das hat sich beschleunigt.

**W**ie nachhaltig ist der Paradigmenwechsel zum New Normal?

Das New Normal, die neue Normalität, sagt: Ein Zurück wird es nicht geben. Es wird aber auch nicht so weitergehen wie bisher. Aus vielen Gesprächen mit Unternehmern ist klar, dass mit dem mobilen und digitalen Arbeiten eine neue Führungskultur erforderlich ist. Jede Organisation braucht aber auch eine Heimat, wo die Menschen zusammenkommen und persönlich interagieren. Dasselbe gilt für Geschäftskontakte. Alles was mit Kreativität zu tun hat, auch der typische Talk an der Kaffeemaschine, lässt sich virtuell nicht ersetzen. Menschen sind soziale Wesen. Spontanes Interagieren, die unbewusst wahrgenommene Körpersprache sind notwendig. Noch. Wer weiß, was uns die Zukunft bringt?





Vorsitzender Senat Deutschland Norbert Streveld, Präsident Prof. Burkhard Schwenker und Vorsitzender der Stiftung Senat Dr. Christoph Brüssel (v.l.)

**E**tlliche Branchen stecken in Turbulenzen. Würden Sie Startups abraten? Oder kommt ein richtiger Neuanfang?

Viele sind finanziell extrem betroffen. Ich möchte glauben, dass es einen Hunger danach gibt, all das wieder zu haben, sobald es wieder möglich ist: ins Restaurant, ins Konzert oder auf Reisen zu gehen. Aber ob der Peak anhält? Bei Reisen werden wir kurz- bis mittelfristig wohl nicht das frühere Niveau beobachten. Viele Unternehmen haben schon verlaublich, dass sie einen Teil der Geschäftsreisen streichen. Das hat Folgen für Verkehrsmittel, Hotellerie und Restaurants. Es bedeutet einen strukturellen Wandel. Nur die Dimension kann keiner vorhersagen.

**E**rwarten Sie Tendenzen zu mehr Innovation in der Wirtschaft, mehr Lösungssätze für Nachhaltigkeit, getrieben durch die Pandemie?

Im vergangenen Jahr ist vieles bewusster geworden: In Venedig war das Wasser wieder klar, über Asiens Städten der Himmel wieder blau. Alle Aspekte der Nachhaltigkeit sind den Menschen und den Unternehmen bewusster geworden. Nachhaltigkeit heißt ja nicht nur, Umweltverschmutzung zu vermeiden, sondern hat die drei Säulen Ökologie, Ökonomie und Soziales in Einklang zu bringen. Dass dies möglich ist, hat die Mehrheit der Unternehmen erkannt.

Es ist klar, dass wir nur eine Welt haben. Meine Kernaussage: Wir müssen nicht die Erde für uns retten. Es interessiert die Erde nicht, ob wir uns retten. Die Natur hat eine unglaubliche Selbstreinigungskraft. Wenn wir irgendwann nicht mehr existieren, wird sich der Planet erholen. Es liegt an uns Menschen,

dass wir nicht unseren eigenen Lebensraum wesentlich zerstören. Aber ohne Wohlstand will keiner von uns leben, und wir wollen auch nicht zurück in den Beginn der Industrialisierung und unsere Wohlstandserrungen gefährden. Aber das muss bezahlbar sein. Mit einer sozialen Spaltung ist uns nicht geholfen. Diese drei Säulen in Einklang zu bringen, ist eine große Aufgabe. Vielen Unternehmern ist das bewusst geworden, viele haben durch Impulse des Senats ihre Unternehmen nachhaltiger gestaltet.

**W**oher weiß der Senat der Wirtschaft, was die Lösung ist?

Nicht der Senat soll Orientierung geben, sondern wir miteinander sollen das versuchen. Das Reden, der Austausch in unseren virtuellen Formaten hilft. Der Senat maßt sich niemals an zu sagen, was die Lösung ist. Denn für die großen Themen unserer Zeit gibt es einen Blumenstrauß an Möglichkeiten. Der Senat will lösungsorientiert alternative Möglichkeiten aufzeigen und Impulse geben.

**W**as ist der Schlüssel für den Weg aus der Krise?

Nicht nur, weil ich von der Ausbildung her Maschinenbauingenieur bin, bin ich überzeugt, dass Innovationen, Innovationsförderung und -freundlichkeit sowie Technologieoffenheit extrem wichtig sind, um die Krise zu bestehen und gestärkt hervorzugehen. Wer hätte gedacht, dass in so kurzer Zeit ein Impfstoff entwickelt werden kann? Das ist Technologie, das ist Innovation. Auch wenn es uns allen zu langsam geht, es ist eine wahnsinnige Geschwindigkeit. Technologie ist der Schlüssel.

# MEHRFAMILIENHÄUSER ALS INVESTITION FÜR DIE ZUKUNFT.



Mehrfamilienhäuser von Viebrockhaus stehen für Wertbeständigkeit. In der Verbindung aus Qualität und Tradition setzen wir auf die bewährte Bauweise: Stein auf Stein. Traditionelle Handwerkskunst und Markenqualität ergänzen wir mit neuen Materialien und Innovationen im Bereich Energieeffizienz. Mit einem Mehrfamilienhaus von Viebrockhaus schaffen Sie einen bleibenden Wert für die Zukunft – für Ihre Zukunft. Mehr Infos zu unserem Konzept und Ihren Möglichkeiten auf [viebrockhaus.de](http://viebrockhaus.de).

VIEBROCKHAUS AG | Grashofweg 11b | 21698 Harsefeld | Telefon 0800 8991000 (gebührenfrei)



Nicholas Burns

## „Build back better“ statt „America first!“

Der Außen- und Sicherheitsexperte Ambassador Nicholas Burns zum neuen Kurs in Washington

Von Michael Rolland



Nicholas Burns ist ein ehemaliger amerikanischer Top-Diplomat. Er war Staatssekretär im US-Außenministerium sowie amerikanischer Botschafter bei der NATO und in Griechenland. Burns lehrt derzeit als Professor für praktische Diplomatie und internationale Beziehungen an der John F. Kennedy School of Government der renommierten Harvard Universität. Im Wahlkampf hatte Burns US-Präsident Joe Biden beraten.

**B**otschafter Burns, im Dezember 2019 haben Sie auf dem Jahreskonvent des „Senat der Wirtschaft“ in München vorausgesagt, dass Joe Biden bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen Donald Trump besiegen würde. Worauf haben Sie damals Ihre Prognose gestützt?

Zwei Dinge. Zum einen war der ehemalige US-Vizepräsident Biden für mich nicht nur der beste von allen Kandidaten der Demokratischen Partei. Er war auch Präsident Trump weit überlegen. Meine Einschätzung seinerzeit: Wir brauchen Joe Bidens Erfahrung, damit unsere Regierung wieder effektiv arbeitet und eine amerikanische Außenpolitik führt, die auf Achtung unserer Bündnisse und mehr Kompetenz beruht. Zum anderen hatte ich nicht geglaubt, dass Präsident Trump die richtige Person für eine Wiederwahl ist. Hierauf beruhte meine Prognose, die ich bei Ihnen in München gemacht habe.



**A** propos Außenpolitik – „Amerika ist zurück“, hat Biden auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2021 in Anlehnung an sein Statement auf der Sicherheitskonferenz 2019 erklärt. Was bedeutet seine Aussage als amtierender Präsident der USA für Deutschland, Europa und die transatlantischen Beziehungen?

Ich erinnere mich sehr gut an die Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2019, auf der ich Biden interviewt habe. Ich war beeindruckt von dem Schluss-Statement in seiner Rede: „Wir kommen wieder.“ Was bedeutet das unter seiner Präsidentschaft? Seit seiner Amtseinführung gilt Bidens Hauptaugenmerk den innenpolitischen Herausforderungen: Coronavirus, wirtschaftliche Rezession, Problematik von Gleichheit und Rassendiskriminierung sowie die Erstürmung des US-Kapitols am 6. Januar. Außenpolitisch konzentriert sich der neue US-Präsident auf unsere Bündnisse und vor allem auf die NATO.

Präsident Biden hatte ein frühes Treffen mit den Staats- und Regierungschefs der G7-Länder. Anschließend nahm er am virtuellen Treffen der Münchner Sicherheitskonferenz teil, bei dem auch Bundeskanzlerin Merkel und Präsident Macron sprachen. In der Folge hatte er ein Treffen mit der Quad-Gruppe, also Regierungschefs von Indien, Japan und Australien. Meine Überzeugung: Amerika ist stärker, wenn wir mit unseren Verbündeten zusammenarbeiten.

Für die transatlantischen Beziehungen und die NATO ist es sehr wichtig, unsere gemeinsame Militär- und Sicherheitsmacht zu stärken. Das liegt zudem im gemeinsamen Interesse von Amerika und Deutschland. Ebenso wie den russischen Machteinfluss zu begrenzen.

US-Außenminister Blinken war dieses Jahr bereits zweimal in Europa, um sich mit unseren Verbündeten in einer Reihe von Fragen abzustimmen.

Ein weiterer Fokus von Präsident Biden liegt auf dem Indo-Pazifikraum: auf unseren strategischen Beziehungen zu Indien, auf unseren Allianzen mit Japan, Südkorea und Australien sowie auf unserem schwierigen und komplizierten Rivalitätsverhältnis zu China. Ein großer Schwerpunkt seiner Präsidentschaft ist die Stärkung der Demokratie. Dieses Thema war Teil seiner Antrittsrede.

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2021 sagte er, eine der übergeordneten Herausforderungen seien Angriffe auf unsere demokratische Werte- und Gesellschaftsordnung. Wir müssen unsere Demokratien schützen. Von Präsident Biden sehen wir eine viel stärkere Verteidigung der Demokratie als unter seinem Vorgänger.

**A** propos Stärkung unserer Demokratie. Die EU hat kürzlich mit China ein „umfassendes Investitionsabkommen“ geschlossen. Der US-Präsident befürwortet eine transatlantische China-Agenda. Wie beurteilen Sie die Chancen für eine gemeinsame Handelspolitik Europas und der USA gegenüber dem Systemrivalen China?

Es ist wichtig, dass die Vereinigten Staaten und Europa so weit wie möglich zusammenarbeiten. Wir haben beide unterschiedliche Beziehungen zu China, aber wir haben gemeinsame Interessen. Wir müssen uns zusammen für die Verteidigung der Demokratie einsetzen, einschließlich Widerstand gegen Menschenrechtsverletzungen.



*Europa und Amerika müssen  
zusammenarbeiten,  
um die Pandemie zu bekämpfen*

Europa und die Vereinigten Staaten haben viele ähnliche Handelskonflikte mit China, welches zahlreiche seiner WTO-Verpflichtungen ignoriert. Von daher sind wir viel stärker, wenn die USA und die EU, die beiden größten Volkswirtschaften der Welt, zusammen handeln. Wolfgang Ischinger, Präsident der Münchener Sicherheitskonferenz und ich leiten zusammen eine europäisch-amerikanische Expertengruppe, die versucht, gemeinsame Leitlinien zu vielen verschiedenen Themen gegenüber China zu erarbeiten. Diesen Sommer werden wir über unsere konkreten Vorschläge berichten. Ich denke, das wird helfen, uns gemeinsam stärker strategisch zusammenzubringen.

**A** propos Gemeinsamkeit: Europa liegt im Vergleich zu den USA bei der Impfkampagne weit zurück. Erwarten Sie eine engere Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA bei der Herstellung und dem Vertrieb der COVID-19-Impfstoffe?

Ich finde es sehr positiv, dass Präsident Biden die Vereinigten Staaten zur Weltgesundheitsorganisation zurückgebracht und zusätzliche Hilfen für das globale Covax-Impfprogramm zugesagt hat. Wir sehen, wie ernst die aktuelle COVID-Situation in Europa ist und haben großes Mitempfinden für Europa. In unserem eigenen Land hatten wir enorme Probleme. Über 550.000 Amerikaner sind an COVID-19 gestorben. Jetzt sind wir die führende Nation und machen große Fortschritte beim Impfen der amerikanischen Bevölkerung.

An nur einem Tag wurden am 10. April mehr als 4,5 Millionen Menschen geimpft – ein Rekord. Ich bin sehr beeindruckt, wie Präsident Biden die Macht seiner Regierung auf Bundesebene genutzt hat, um mit unseren 50 Staaten zusammenzuarbeiten, um die Impfkampagne zu beschleunigen. Europa und Amerika müssen zusammenarbeiten, um die Pandemie zu bekämpfen – um sich gegenseitig zu helfen, ebenso wie dem Rest der Welt.



Joe Biden und Nicholas Burns, Münchner Sicherheitskonferenz 2019

**S**ie haben Biden bereits während seiner Kampagne für die Präsidentschaft unterstützt. Was schätzen Sie an der Arbeit mit ihm am meisten?

Ich schätze die großartige Erfahrung, die er in die Präsidentschaft einbringt: so viele Jahrzehnte im Senat, acht Jahre Vizepräsident und vor allem seine außenpolitische Erfahrung. Einen amerikanischen Präsidenten so gut vorbereitet zu haben, um unser Land zu führen.

Im Übrigen schätze ich die Tatsache, dass er keine Angst hat, die Macht unserer Regierung zu nutzen, um gute und große Dinge zu tun. Unter seiner Führung ist die Regierungsarbeit viel wirkungsvoller, insbesondere bei der Bekämpfung des Coronavirus. Wir erwarten einen wirtschaftlichen Aufschwung. Ich schätze seine Verbindlichkeit. Er führt in einer positiven Art. Sie sehen nicht, dass er über sich selbst redet und Menschen kritisiert. Er spricht zuerst über das Land. Ich schätze auch – viele Leute haben es erwähnt – seine Empathie. Die Tatsache, dass er sich aufgrund seines eigenen Lebens und seiner eigenen Lebenserfahrung mit Menschen identifizieren kann, die leiden. Das ist ein sehr starkes Geschenk für eine politische Führungspersonlichkeit. Wir hatten andere Präsidenten mit diesem Charakterzug, etwa Präsident Franklin D. Roosevelt und Präsident Lincoln.

Das ist einer von Bidens größten Vorzügen als Präsident. Er kommt gut an bei der amerikanischen Bevölkerung. Die Menschen sehen, dass ihm das Land sehr am Herzen liegt und er seine Macht zum Guten nutzen möchte. Präsident Biden ist sehr erfolgreich gestartet. Ich denke, er wird so weitermachen.

**S**ie waren für verschiedene US-Administrationen tätig und haben im Wahlkampf Joe Biden unterstützt. Was sollte sein Motto sein, um das geteilte Land zu vereinen und die Vereinigten Staaten von Amerika während seiner Präsidentschaft wieder aufzubauen?

Ich muss kein Motto erfinden, denn er hat bereits eines: Build back better. Das bedeutet: wenn wir aus der Coronakrise herauskommen, unser öffentliches Gesundheitssystem zu stärken. Wenn wir aus der Rezession heraus sind, die Wirtschaft zu stärken. Unser Land besser zu machen, als es vor Beginn der Pandemie war. Also Menschen helfen, ihre Arbeitsplätze zu behalten sowie Familien und Menschen in Not zu unterstützen. Seit vier Jahren war ich als Amerikaner nicht mehr so hoffnungsvoll wie jetzt. Ich glaube, mit diesem Präsidenten sind wir auf dem richtigen Weg. Build back better!

Die SAT.1-Wald-Rekordwoche

# Eine Woche – ein Euro – ein Baum

Zusammenarbeit zwischen SAT.1 und Plant-for-the-Planet



Von Felix Finkbeiner

Alle, die sich an der „SAT.1-Waldrekord-Woche“ beteiligt haben, bekommen eine Bestätigung, sobald der Baum gepflanzt wurde

1.000 Milliarden zusätzliche Bäume, gepflanzt bis 2030, schenken uns bis zu 18 zusätzliche Jahre unterhalb des Zwei-Grad-Ziels, weil sie das klimaschädliche CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre binden. Wichtige Zeit, um klimaneutral zu werden. Gemeinsam und generationenverbindend für weltweite Wiederaufforstung, lautet das Ziel von Senatsmitglied Plant-for-the-Planet.

Deshalb hat man mit Unterstützung von „Salesforce“ eine Plattform entwickelt, die auch den spielerischen Wettbewerb nutzt. Bäume pflanzen soll Spaß machen und der Erfolg muss sichtbar sein. Über 150 Pflanzprojekte stehen dabei zur Auswahl, an die man mit wenigen Klicks Bäume spenden kann, ganz einfach per Handy oder am PC. Jedes Pflanzprojekt ist genau erklärt und Satellitenbilder zeigen, wo genau die Bäume gepflanzt werden. Mit Hilfe der jüngsten Weiterentwicklung, der „Tree Mapper App“, kann man ab Beginn der Pflanzsaison im Juli 2021 den Prozess jetzt sogar zum gepflanzten Baum begleiten, transparent und lückenlos. Exemplarisch dafür wurde die Waldrekord-Woche genutzt, mit der SAT.1 im März 2021 sein Publikum zum Bäumespenden für das Klima aufgerufen hat. Über 100.000 SAT.1-Zuschauerinnen und Zuschauer haben hier innerhalb weniger Tage 1,5 Mio. Bäume gespendet – ein beispielloser Rekord! All diese Spenderinnen und Spender bekommen jetzt im Nachgang zu ihrer Spende erstmals auch die genauen Koordinaten, sobald ihre Bäume gepflanzt wurden. Der Grund, auf dem der SAT.1-Wald wachsen wird, ist eine großzügige Spende der Ehepaars Caspar und Celia Berendsen.

Dazu machen am Ende jedes Pflanztages Mitarbeitende des Plant-for-the Planet-Teams Fotos an jeder Ecke des neu bepflanzten Polygons und dokumentieren so das Tagwerk. Zusätzlich tragen sie die Baumarten und die Anzahl der Bäume ein. Mit den Fotos werden auch die Koordinaten gespeichert. Sobald sich das Smartphone wieder mit dem Internet verbindet, werden die Spenderinnen und Spender dann automatisch auf demselben Weg informiert, über den sie gespendet haben: „Deine 10 Bäume, die du am 15.03.2021 im Rahmen der „SAT.1-Waldrekord-Woche“ gespendet hast, sind heute innerhalb folgender X/Y-Koordinaten gepflanzt worden.“ Immer so viele Spenden werden bestätigt, wie Bäume am Tag gepflanzt wurden.

Dieser kostenlose Service, der erstmals für SAT.1 als Modellfall umgesetzt wurde, wird in Zukunft für alle Pflanzprojekte auf der Plant-for-the-Planet-Plattform verpflichtend. Die Nutzung der Plattform und auch Werkzeuge wie „Tree-Mapper-App“ sind Open Source und kostenlos, sowohl für Spender und Spenderinnen als auch für alle Pflanzprojekte, also für alle „anderen Pflanzprojekte auf der Plattform“. So soll Transparenz und Vertrauen geschaffen und verhindert werden, dass Pflanzprojekte einen Baum mehrfach abrechnen. 1.000 Milliarden Bäume schafft man nur als gemeinsame weltweite Anstrengung. Die X/Y-Koordinaten ermöglichen den Einsatz von Satelliten- und Drohnenbildern. So kommen die Spenderinnen und Spender ihrem Baum in Zukunft noch viel näher. Sie können das Wachstum ihres Waldes verfolgen, indem sie die Luftaufnahmen mit denen früherer Jahre vergleichen. Auch vom Boden aus wird mit dieser neuen Entwicklung der neue SAT.1-Wald von Anfang an dokumentiert. Schritt für Schritt wird exemplarisch gezeigt, wie die Samen gesammelt, herangezogen und gepflanzt werden. Alle können miterleben, wie aus einer degradierten Waldfläche wieder ein richtiger Wald entsteht.

Seit 2015 hat Plant-for-the-Planet in der Wiederaufforstung auf der mexikanischen Yucatán-Halbinsel selbst sechs Millionen Bäume gepflanzt, 100 Millionen sollen es einmal werden. Die Bäume aus der Waldrekord-Woche werden auch im Bundesland Campeche gepflanzt. Allein in Campeche gingen in den Jahren 2018 und 2019 rund 50 Millionen Bäume durch Brandrodung und illegale Abholzung verloren. SAT.1 hat mit der Waldrekord-Woche gezeigt, wie resonanzstark die Idee des gemeinsamen Bäume-pflanzens und wie ausgereift die Technik sein kann. Gemeinsam für ein besseres Klima!



Für jeden gespendeten Euro wird ein Baum gepflanzt. „Jeder Euro ist ein Baum mehr“ war dann auch das Leitmotiv der begleitenden Kampagne zur „Waldrekord-Woche“ bei SAT.1.



Felix Finkbeiner – Gründer der Initiative die auch Mitglied im Senat der Wirtschaft ist

2007 hielt der damals neunjährige Felix vor seiner Klasse einen Vortrag über die Klimakrise. Er entwarf die Vision, Kinder könnten in jedem Land der Erde eine Million Bäume pflanzen, um einen CO<sub>2</sub>-Ausgleich zu schaffen. 2011 bei einer Rede vor der UNO forderte Felix „One Trillion Trees“ und „Stop talking. Start planting.“

Nach dem Tod von Wangari Maathai, die Felix zu seinem Pflanzprojekt inspiriert hatte, übergab die UNEP deren Billion Tree Campaign an Felix' Stiftung. Felix machte sie zur Trillion Tree Campaign. Zwei von Plant-for-the-Planet initiierte und weltweit beachtete Studien bescheinigten den Kindern: 1000 Milliarden Bäume, 1 Trillion Trees, haben auf der Erde noch Platz. Im Februar 2020 lancierten Marc

Benioff, CEO von Salesforce, der WEF-Gründer Klaus Schwab und Felix beim Weltwirtschaftsforum in Davos den Aufruf an Wirtschaft und Politik, ihren Beitrag zu leisten. Felix' Mission war im Mainstream angekommen. Immer mehr Unternehmen schenken den jungen Menschen Zeit mit Wiederaufforstung und Walderhalt. Unterstützt wird Felix von vielen Mitgliedern des Senats der Wirtschaft, so entwickelte der Senator Hermann Waterkamp, Leagas Delaney, die Kampagne „Stop talking. Start planting“. Mit Plant-for-the-Planet kann jeder Teil dieser positiven Kettenreaktion für das Klima werden.

[www.plant-for-the-planet.org](http://www.plant-for-the-planet.org)

Am 29. August 2021 wird Plant for-the-Planet mit dem westfälischen Friedenspreis in Münster ausgezeichnet.

Wohlstand, aufgebaut auf der Zerstörung der Umwelt,  
ist kein wirklicher Wohlstand.

*Kofi Anann*

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



Senatsstudie bestätigt

# Jedes fünfte Mittelstandsunternehmen benötigt Eigenkapitalhilfe

Privates Kapital könnte eine Lösung mit Gemeinwohlkomponente sein

Von Christoph Brüssel

Nach einer aktuellen Studie der Stiftung Senat der Wirtschaft benötigen mehr als 20 Prozent der Unternehmen im Mittelstand zusätzliche Finanzierung mit Eigenkapitalmitteln zur Überwindung der Coronakrise.

Gleichzeitig ergab die im Februar 2021 abgeschlossene Befragung des Senats der Wirtschaft bei Unternehmen, vornehmlich in einer Größe von 50 bis 500 Mitarbeitern, dass erfreuliche 60 Prozent glauben, die Krise aus eigener Kraft überstehen zu können. Eigenkapitalgeber bzw. deren Mittel unterscheiden sich von Soforthilfen und Kreditmitteln darin, dass sie regelmäßig zur Anteilsbeteiligung am Unternehmen führen und somit auch an Gewinn und Risiken beteiligt sind.

Die Umfrage zeigt weiter, dass viele Unternehmen zusätzliche finanzielle Mittel benötigen, um nach der Krise wieder durchstarten zu können. Es müssen Rohstoffe finanziert oder Vertriebsinvestitionen getätigt werden, um nach der langen Zeit des Lockdowns wieder in einen erfolgreichen Betrieb zu kommen.

Die Befragung wurde bei den Mitgliedsunternehmen des Senats der Wirtschaft durchgeführt. Von der Tendenz sind dies Unternehmen, die Wert auf nachhaltige Unternehmensführung legen und

eher resilient aufgestellt sind. Die Befragung ist kein repräsentativer Schnitt, zeigt jedoch einen guten Querschnitt mit Unternehmen aus den Bereichen Dienstleistung, Produktion, Handwerk und Handel.

## Private Investments oder „Mezzanine“ können den Mittelstand ohne Staatsgelder unterstützen

Typischerweise sind Fonds- oder sogenannte „Mezzanine“-Finanzierungen keine klassischen Schulden und belasten entsprechend auch nicht die Bilanz der Unternehmen. Nach den beiden Lockdownphasen hat, der Studie zufolge, ein nennenswerter Teil der befragten Betriebe Kreditmittel aufnehmen müssen.

26,2 Prozent mussten die Überbrückungshilfen des Staates in Anspruch nehmen. 24 Prozent geben an, Kreditmittel zur bisherigen Lockdownbewältigung eingesetzt zu haben. Immerhin 15,2 Prozent haben als Gesellschafter bereits jetzt Eigenkapital nachschießen müssen, also privates Geld zur Krisenüberwindung eingesetzt.

Gut ein Viertel der befragten Unternehmen des Mittelstandes gibt an, bislang keine geeigneten Unterstützungsprogramme gefunden zu haben bzw. nicht alle bestehenden Kriterien zu erfüllen, um eine solche Förderung zu erhalten.

### Enorme Leistung der Unternehmen als Beitrag zur Krisenbewältigung

Als erfreulich sieht der Senat der Wirtschaft, dass mehr als 60 Prozent der befragten Unternehmen glauben, die Krise aus eigener Kraft überstehen zu können. Teilweise auch deshalb, weil der Lockdown nicht alle gleich trifft. Manche Unternehmen verzeichnen seit Pandemiebeginn sogar bessere Umsätze als zuvor.

Als positives Ergebnis der Umfrage bezeichnet der Senat der Wirtschaft auch die enorme Leistung der Unternehmerinnen und Unternehmer selber, durch Eigeninitiative und persönliches Investment an der Bewältigung der durch die Pandemie erzwungenen Krise mitzuwirken. Dabei wird daran erinnert, dass nicht schlechtes Wirtschaften oder Fehlinvestitionen, sondern der notwendige Lockdown zu der Problematik führt.



Hans Günther Mack

So berichtet zum Beispiel Hans Günther Mack, Eigentümer einer Handwerksbäckerei mit 46 Filialen und über 500 Mitarbeitern, dass zur Bewältigung der Pandemiezeit bisher schon private Finanzmittel von zwei Millionen Euro eingeschossen werden mussten. Rücklagen, die wesentlich auch als Investitionen in die Zukunft des Unternehmens und als Altersversorgung der Familie erforderlich sind.

Im Vordergrund steht der Erhalt des Unternehmens und die Bewahrung der Lebensarbeitsleistung. Mack hatte die Bäckerei in frühen Jahren bereits von seinem Vater übernehmen müssen, damals mit zwei Mitarbeitern.

In Jahrzehnten unternehmerischer Arbeit wurden dann mehr als 500 Arbeitsplätze daraus. Nun, in der durch das Virus erzwungenen Zeit der Schließungen und unverschuldeten Umsatzeinbrüche, sieht der Unternehmer die Verantwortung, nicht vorschnell aufzugeben. Die gute Tugend des „ehrbaren Kaufmanns“ ist im Fokus vieler, besonders auch mittelständischer Entscheiderinnen und Entscheider.

*Ohne frisches Eigenkapital durch den Staat ist die Belastungsgrenze des Unternehmens in den nächsten Wochen erreicht*



Bernd Bosch

Eben auch bei Bernd Bosch, dessen Modekette ENGBERS mit 330 Geschäften in Deutschland und Österreich von den Schließungen hart getroffen wurde. Besonders problematisch ist für Bosch die kaum zu erkennende Linie in den unterschiedlichen Regionen. Planbarkeit ist nicht sicher möglich, dennoch sieht er die Verantwortung, möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten und die Geschäftslokale nicht aufgeben zu müssen. Das geht nur durch neues Eigenkapital und auch Bankendarlehen in einem nie gekannten Ausmaß. Dieses zusätzliche Fremdkapital muss in den nächsten Jahren aber erst einmal wieder verdient werden. Ohne frisches Eigenkapital durch den Staat ist die Belastungsgrenze des Unternehmens in den nächsten Wochen erreicht.



Herbert Doll

Für Herbert Doll ist die Gerechtigkeit vieler Entscheidungen nicht immer zu erkennen. Als Gründer und Unternehmer der Monte-Mare-Gruppe, mit 1000 Mitarbeitern eine der größten Eigentümer und Betreiber von Freizeitbädern, muss er viel Kraft und persönliches Kapital einsetzen, um zu erhalten, was in Jahrzehnten aufgebaut wurde. Nach dem ersten Lockdown, als die Betriebe unter Hygienevorschriften wieder sanft öffnen konnten, verzeichnete Monte Mare drei Millionen Besucher, ohne einen einzigen Corona-Positiv-Fall. Weder Besucher noch Mitarbeiter hatten Coronaerkrankungen gemeldet. Da fällt es dem Eigentümer sehr schwer, die Betriebe seit dem zweiten Lockdown geschlossen zu halten. Für Doll wird der Beitrag viel zu wenig erkannt, den Unternehmerinnen und Unternehmer ganz persönlich in der Pandemie leisten, ohne nach dem Staat zu greifen, oft auch unter Einsatz der privaten Vermögen. Er argumentiert, dass Unternehmerinnen und Unternehmer die über Jahre erarbeiteten Rücklagen für Zukunftsinvestitionen verlieren und eine erkennbare Planungssicherheit vermissen.

Europa wächst nicht aus Verträgen, es wächst aus den Herzen seiner Bürger oder gar nicht.

*Klaus Kinkel*

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



## *Eigenkapitalinitiative als offenes Konzept*

### Keine weiteren Kredite: Unternehmen brauchen zur Krisenrettung mehr Eigenkapital

Bereits jetzt sehen viele Mittelstandsunternehmen für das Jahr 2021 dringend weiteren Kapitalbedarf. Dabei stellt sich die Frage der Kreditfinanzierung auch vor dem Hintergrund des durch die erste Phase bereits angespannten Eigenkapitals und dadurch bedingt mangelnder Kreditwürdigkeit. Deshalb geben bereits heute mehr als elf Prozent der Unternehmen an, zur positiven Überwindung weiteres Investivkapital zu benötigen, dieses jedoch durch mangelnde Eigenkapitalausstattung nicht erreichen zu können.

Aus dem Kreis der Befragten glauben mehr als ein Viertel, dass mit Hilfe von „Mezzanine“-Finanzierung oder privaten Investitionsmitteln das Unternehmen weiter unterstützt werden könnte. Bisweilen lautet die Aussage sogar, dass ohne eine wirksame Unterstützung durch Investoren mit Eigenkapital die Coronakrise für das Unternehmen nicht zu schaffen sei. Hierbei waren auch Mehrfachnennungen möglich. Der Senat der Wirtschaft plant einen Impuls an die politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern, die privaten Kapitalmöglichkeiten für Mittelstandsunternehmen dahingehend zu fördern.

Mit der Eigenkapitalinitiative für den deutschen Mittelstand, gemeinsam mit der Unternehmensberatung Roland Berger und der HANNOVER Finanz, schlägt der Senat der Wirtschaft, als rein ideeller Impulsgeber, ein Konzept zur Ermöglichung von mehr Eigenkapital zur Krisenbewältigung vor. Die Initiative soll für alle Kapitalanbieter offen sein, kein exklusives Geschäftsmodell, sondern unter Gemeinwohls Gesichtspunkten eine bestmögliche Synergie von privaten Möglichkeiten und gesellschaftlicher Erfordernis.

Die „Eigenkapital-Initiative Deutschland“ als Projekt soll durch die Möglichkeiten der Privatwirtschaft, in offener Partnerschaft mit staatlichen Institutionen, zur Bewältigung der Folgen der Coronakrise beitragen. Aus der Perspektive der praktischen Wirtschaftserfahrung kann der Senat ohne Eigeninteressen idealtypisch Möglichkeiten aufzeigen und die Partner aus Politik und Wirtschaft, als neutrale Instanz, vertrauensvoll zusammenbringen. So könnten die dringend erforderlichen Mittel zur Verhinderung großer Schäden in der Wirtschaft und letztlich in der Gesellschaft gemildert werden. Der Unterschied zu anderen Projekten ist, die Gemeinwohlorientierung ohne Einzelinteressen zum Mittelpunkt zu machen.

Die Leistungsfähigkeit der Privatwirtschaft soll eine gesellschaftliche Aufgabe flankieren. Es ist ein offenes Konzept, das auch weiteren Partnern die Möglichkeit zur Mitwirkung bieten soll. Die Gemeinwohlorientierung ist über mögliche Marktvorteile gestellt – es unterstreicht die Lösungskompetenz für eine wichtige Funktion der Gesellschaft.

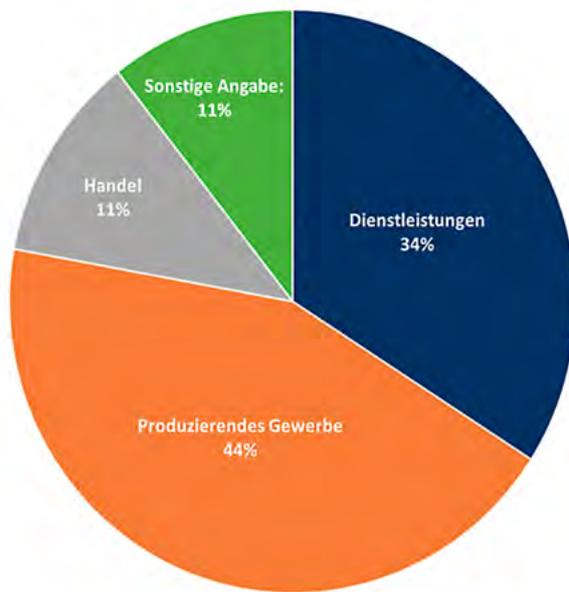
Als die wichtigsten Punkte der Idee gelten fünf Ziele:

- Mittelständische und Eigentümer-Unternehmen sollen vor einer Überschuldung als Folge der Krise bewahrt werden.
- Es sind hinreichend private Finanzvermögen bei institutionellen und weiteren Investoren verfügbar.
- Formale Investmentkriterien sollen durch eine sachgerechte Kooperation erreichbar werden.
- Investitionshemmnisse bei Risikobewertungen sollen durch Kooperation (PPP) gemindert werden.
- Öffentliche Haushalte sollen durch private Kooperation entlastet werden.

## Wichtige Auszüge der Untersuchung

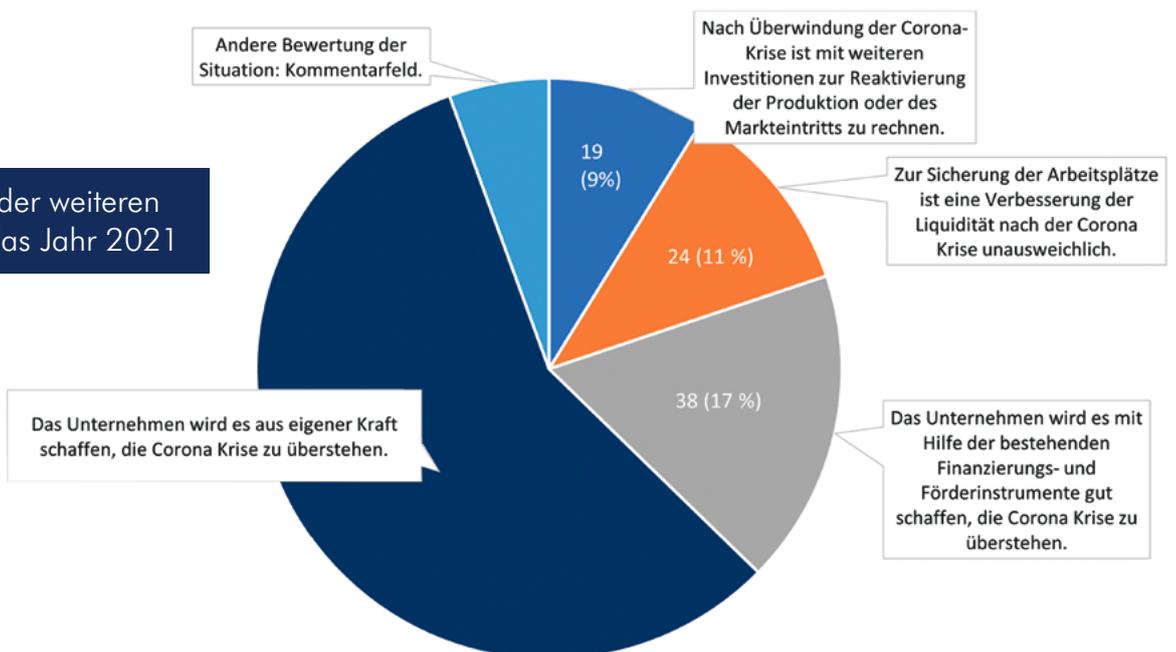
Die Stiftung Senat der Wirtschaft hat die empirische Untersuchung direkt in den zweiten Lockdown platziert. Das wissenschaftliche Team der Stiftung führte die Untersuchung unter Leitung von Dr. Eva Kesternich und Lara Dilger durch und konnte so

die Relevanz einer Eigenkapitalinitiative beobachten. Die Umfrage wurde zwischen dem 19. Januar und dem 8. Februar 2021 erhoben. Sie wurde an 737 Mitgliedsfirmen gerichtet. Im Umfragezeitraum gab es 217 Rückmeldungen.



Branche und Wirtschaftszweig der befragten Unternehmen

## Einschätzung der weiteren Situation für das Jahr 2021



Den Glauben an den Wert, den müssen wir uns erhalten,  
wenn wir nicht an Wert verlieren wollen.

*Emanuel von Bodmann*

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft





**CAR PROFESSIONAL**  
**MANAGEMENT**

Sie müssen **Kosten einsparen?**  
Sie wollen auf **Elektromobilität** umsteigen?  
Ihnen fehlen oft **Kapazitäten?**

Wir reduzieren Ihre Kosten und entlasten Sie massiv bei der Administration Ihres Fuhrparks. Auch in Sachen E-Mobilität und Umweltschutz sind wir Ihr kompetenter Ansprechpartner. Jetzt Online-Gespräch für Ihre Kostenoptimierung abstimmen unter +49 40 53105-8600. Wir freuen uns auf Sie.

[carprofessional.de](http://carprofessional.de)

Wir sind  
**Ihre Lösung.**

IHR FUHRPARK  
IN BESTEN  
HÄNDEN.

# Das Erwachsenen-Resort in den Tiroler Bergen



## SPIELRAUM FÜR DAS ICH

Hier steht die Welt für einen Augenblick still.

Im Posthotel Achenkirch werden Sie ganz ruhig, fühlen sich befreit und lassen sich rundum verwöhnen - reichlich Raum für das Ich und wohltuende Wellness bringen Körper und Geist in Einklang.

7.000 m<sup>2</sup> Spa- und Wellnessbereich „adults only“ ♦ Haubenküche ♦ TCM-Restaurant TENZO - alpine Kulinarik trifft auf die 5-Elemente-Lehre ♦ Indoor- und Outdoor-Fitnessbereich ♦ Resorteigener 9-Loch-Golfplatz ♦ Lipizzanergestüt mit Reitanlage

POSTHOTEL ACHENKIRCH, 6215 Achenkirch am Achensee, Tirol, Austria  
T +43 5246 6522, [info@posthotel.at](mailto:info@posthotel.at), [www.posthotel.at](http://www.posthotel.at)